



Institut für
Politikwissenschaft

Westfälische Wilhelms-Universität
Institut für Politikwissenschaft
Sommersemester 2021

Abschlussarbeit: B.A. Politik und Wirtschaft

Erstgutachterin: Dr. Manon Westphal

Zweitgutachterin: Henrike Bloemen

Zum Verhältnis von Identitätspolitik, Hegemonie und radikaler Demokratie

- Was ist radikal-reformistische Politik?

On the relationship between identity politics, hegemony and radical democracy

- What is radical-reformist politics?

Vorgelegt von:

████████████████████

████████████████████

████████████████████

Matrikelnummer:

████████

E-Mail-Adresse:

████████████████████████████████████████

Studiengang:

B.A. Politik & Wirtschaft

8. Fachsemester

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Mouffes und Laclaus politische Theorie.....	5
2.1	Genese der Hegemoniethorie	6
2.2	Gesellschaft als hegemonial fixierter Diskurs	7
2.3	Das Politische in der Hegemoniethorie.....	10
3	Das Verhältnis von Identitätspolitik und der Hegemoniethorie	11
3.1	Annäherung an den Begriff der Identitätspolitik	11
3.2	Der Begriff der Identität in der Hegemoniethorie.....	14
3.3	Identitätspolitik als hegemoniale Politik	16
4	Das Verhältnis von Identitätspolitik und der Politik der Emanzipation	17
4.1	Linke Identitätspolitiken und der Begriff der Emanzipation.....	18
4.2	Rechtspopulistische Identitätspolitiken als emanzipatorische Politik.....	20
4.3	Klassenpolitik versus emanzipatorische Identitätspolitik	24
5	Zwischenfazit	26
6	Mouffes Projekt einer radikalen und pluralen Demokratie	27
6.1	Das demokratische Paradox	27
6.2	Der radikaldemokratische Pluralismus.....	28
7	Der Versuch einer Strukturierung: Arten von Politik.....	29
7.1	Reiner Reformismus.....	30
7.1.1	Ontologische Struktur rein reformistischer Politik	30
7.1.2	Ontische Struktur rein reformistischer Identitätspolitik	32
7.2	Revolutionäre Politik.....	36
7.2.1	Ontologische Struktur revolutionärer Politik.....	36
7.2.2	Ontische Struktur revolutionärer Politik	38
7.3	Radikal reformistische Politik.....	39
7.3.1	Ontologische Struktur radikal-reformistischer Politik.....	40
7.3.2	Ontische Struktur radikal-reformistischer Bewegungen	43
8	Fazit	46
9	Literaturverzeichnis	50

„Die Auseinandersetzung zwischen miteinander im Widerspruch stehenden hegemonialen Projekten, die darauf abzielen, ihre jeweilige Sichtweise des Gemeinwohls als die »wahre« Inkarnation des Universellen darzustellen, wird niemals enden.“ (Mouffe 2014, S. 125)

1 Einleitung

Identitätspolitik, *Cancel Culture* und *Political Correctness* sind Schlagwörter, die prominent in Feuilletons oder Talk-Shows behandelt werden und dabei oft nicht gut wegkommen. So wird angeprangert, dass die Meinungsfreiheit in Gefahr wäre, weil „Minderheiten mittlerweile Mehrheiten majorisieren“ (vgl. Di Lorenzo 2021) und die Identitätspolitik mit ihrer „Opferkultur“ den öffentlichen Raum missionieren würden. Auch in der Wissenschaft wird zunehmend die Behauptung aufgestellt, dass durch *Political Correctness* die freie akademische Debatte unterdrückt wird, weil die Anerkennungskämpfe von Minderheiten einer Zensur gleichkommen (vgl. Schwarz 2020; Kretschmar 2021). Dadurch sei eine freie Debatte in der Gesellschaft nicht mehr möglich, was im Umkehrschluss bedeutet, dass Identitätspolitik demokratiegefährdend wirkt. So plädiert der Historiker Mark Lilla für einen *Post-Identitäts-Linksliberalismus*: Der Fokus auf individuelle Identität und die rein kulturellen Kämpfe würden dazu führen, dass Menschen nicht mehr im Rahmen eines demokratischen Staatswesens als Bürger*innen¹ angerufen würden, sondern nur noch in ihrer individuellen Partikularität. So gehe das verloren, was alle Bürger*innen eines Staates vereinen würde: Die liberale Demokratie und der Urnengang (vgl. Lilla 2016). Diese liberal-konservative Kritik konfrontiert die identitätspolitischen Kämpfe mit einem imaginierten „Wir“, das durch eben jene Kämpfe gespalten werde: So äußerte Wolfgang Thierse auch jüngst die Kritik, dass die Identitätspolitik den „normalen Menschen“ aus dem Blick verlieren würde (vgl. Gennies 2021). Hieran können leicht die rechten rassistischen und antifeministischen Diskurse anschließen, indem sie sich als Beschützer der Gemeinschaft und des Volkes inszenieren, wie dies als Extrembeispiel die *identitäre Bewegung* tut (vgl. Speit 2018). Diese liberal-konservative Kritik ist also fraglos als nicht-emanzipativ zu kritisieren.

¹ Im Rahmen der vorliegenden Hausarbeit soll im Sinne einer geschlechtsneutralen Schreibweise das Gender-Sternchen* verwendet werden. Diese Schreibweise inkludiert anders als das generische Maskulin neben Frauen auch alle Menschen, die sich nicht in einer der binären Geschlechterkategorien verorten können oder wollen. In Abgrenzung zu einer weiteren nicht-binären Form des Genderns, dem Gender-Unterstrich, steht das Gender-Sternchen für eine unbegrenzte Diversität der Geschlechter und stellt nicht auf eine Lücke zwischen den binären Endungen als äußere Pole ab.

Einleitung

Kontroverser und damit interessanter für diese Arbeit ist, dass die Kritik an Identitätspolitik in einem weniger völkischen Gewand auch innerhalb von linken politischen Strömungen geäußert wird. Hier wird Identitätspolitik ebenfalls als partikularistisch kritisiert, wie dies Sarah Wagenknecht in ihrem Buch *Die Selbstgerechten* tat (vgl. Kalarickal 2021). Dieser Kritik folgend sei Identitätspolitik keine „wahre“ linke Politik, denn sie würde durch ihre Partikularinteressen und das Diversitätsbewusstsein die wichtigen Themen der Wirtschaft und Bedürfnisse der Arbeiter*innenklasse überschatten (vgl. Purtschert 2017, S. 15) und damit die linke Politik sozial „entkernen“ (Mezzadra und Neumann 2017, S. 11). Die „Verbändelung vom ökonomischen Neoliberalismus und einem postmodern geprägten Linkoliberalismus“ (Heisterhagen 2018, S. 6) würde eine linke Solidargemeinschaft und damit Klassenpolitik verhindern, weshalb Identitätspolitik anschlussfähig an einen „progressiven Neoliberalismus“ (Fraser 2017) sei. So verkomme Identitätspolitik zur Politik „einer Elite, die die freischwingenden Ambiguitäten ihres Lifestyles zelebriert“ (Stegemann 2017, S. 90). Durch den Verlust eines gemeinsamen Bezugsrahmens biete Identitätspolitik darüber hinaus dem Rechtspopulismus ein Einfallstor, weil dieser als einziges politisches Programm auf das Gemeinsame rekurriert. Diese Kritik, die Bezug auf eine ökonomische und soziale Klasse nimmt, nenne ich im Folgenden *sozialistisch-materialistische Kritik*².

Die Befürworter*innen der Identitätspolitik werfen den sozialistisch-materialistischen sowie den liberal-konservativen Kritiker*innen vor, dass sie verkennen, dass „Identitätspolitik als grundlegende Kritik an einem liberalen Gleichheitsversprechen entstanden ist, das für viele Menschen auch heute noch uneingelöst bleibt“ (Purtschert 2017, S. 15). Im Gegensatz zu den sozialistisch-materialistischen Kritiker*innen, die der Identitätspolitik Partikularismus vorwerfen, betonen Befürworter*innen vor allem ihre emanzipatorische Komponente, die zwangsläufig in der Betonung einer bestimmten Identität mündet: Denn in einer liberalen Gesellschaft, in der Menschen aufgrund ihrer zugeordneten Identität diskriminiert werden, können diese Diskriminierungen nur in Bezug auf ebenjene Identität aufgezeigt werden. Darüber hinaus könne Identitätspolitik auch nicht auf einen reinen Kulturkampf reduziert werden, sondern berührt auch immer Fragen der sozialen Ungleichheit (vgl. Sussemichel und Kastner 2018, S. 13), denn letztendlich sei sie die „radikal

² Als Materialismus wird hier der Umstand begriffen, dass die materielle Welt auf die Konstitution von Subjekten machtvoll einwirkt und diese so nicht als (alleinige) Urheber*innen der Welt gelten können (vgl. Haug 2004). Der materielle Feminismus betont so z.B., dass die Konstruktion von Geschlecht kein idealistischer Akt ist, sondern dazu dient, Reproduktionsarbeit unsichtbar zu machen und so eine Akkumulation von Kapital „im Privaten“ erlaubt (vgl. Schneider 2013, S. 396). Eine materialistisch-sozialistische Perspektive schaut sich gesellschaftliche Verhältnisse demnach immer unter dem Gesichtspunkt der Kapitalakkumulation und der materiellen Machtverhältnisse an.

Einleitung

konflikthafte [...] Einforderung von Sichtbarkeit, Sprechmöglichkeiten und Rechten vonseiten derer, die aus den hegemonialen Regimes der Anerkennbarkeit ausgeschlossen sind“ (Seitz et al. 2018, S. 11).

In der innerlinken Diskussion um Identitätspolitik stehen sich somit zwei Positionen gegenüber. Die Befürworter*innen von Identitätspolitik plädieren für ein emanzipatorisches Verständnis von Identitätspolitik, weil diese eine zuvor als homogen imaginierte Gesellschaft aufbreche und dadurch Ungleichheiten aufdecken könne. Auf der anderen Seite sehen die sozialistisch-materialistischen Kritiker*innen in dieser Pluralisierung tendenziell die Gefahr eines Partikularismus, der eine solidarische Vereinheitlichung eines (linken) Subjekts verunmögliche. Sie sehen hier eine Komplizenschaft mit dem Neoliberalismus, da dieser vereinzelte Identitäten besser als Marktsubjekte anrufen könne (vgl. etwa Linkerhand 2017, S. 56). Identitätspolitik wird hier als Teil des neoliberalen Individualisierungsprozesses verstanden.

In dieser Arbeit möchte ich klären, ob die Standpunkte der Befürworter*innen und der sozialistisch-materialistischen Kritiker*innen unvereinbar nebeneinander oder in einer konstitutiven Spannung zueinander stehen. Die erste These dieser Arbeit lautet, dass Identitätspolitik als politikwissenschaftlicher Analysebegriff ungenügend ist, weil jede Politik als Identitätspolitik gedacht werden kann. Eine Überprüfung dieser These wird im ersten Teil der Arbeit vorgenommen. Die zweite These dieser Arbeit lautet, dass die Spannung zwischen Identitätspolitik und Klassenpolitik eine andere *Art von Politik* (Mouffe 2018, S. 58) möglich macht, die Chantal Mouffe *radikalen Reformismus* (2018, S. 58) nennt. Mouffe grenzt diese Politikart vom *reinen Reformismus* sowie von der *revolutionären Politik* ab, die beide die antagonistische Natur des Politischen verkennen würden³. Ich versuche aufzuzeigen, dass eine linke und emanzipatorische Identitätspolitik in ihrer Totalität dem reinen Reformismus und dass die sozialistisch-materialistische Kritik an der Identitätspolitik in ihrer Totalität der revolutionären Politik zuzuordnen ist. Des Weiteren stelle ich die Vermutung an, dass der radikale Reformismus die Möglichkeit bieten könnte, sich zwischen beiden Extremen zu bewegen, um letztendlich ein radikaldemokratisches Projekt zu ermöglichen.

Mouffe selbst qualifiziert den radikalen Reformismus als die bevorzugte Politik, weil sie der prinzipiellen politischen Verfasstheit der Gesellschaft Rechnung trägt. Der radikale Reformismus erlaube es, die Demokratie gleichzeitig zu verteidigen und zu

³ Politik meint mit Anlehnung an Mouffe im Folgenden die fortwährende Erschütterung und Veränderung des Sozialen, wodurch das antagonistische und kontingente Wesen des Sozialen aufgezeigt wird und gleichzeitig dessen dynamische Veränderung bewirkt wird. Das Politische steht dem Sozialen gegenüber, das die Sedimentierung von Institutionen und Praktiken meint (vgl. Nonhoff 2010, S. 41).

Einleitung

radikalisieren (vgl. Mouffe 2018, S. 61). Für Mouffe und Laclau waren es die neuen sozialen Bewegungen, die als politische Agent*innen dieses Projekt tragen sollten (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 196). In der derzeitigen Debatte werden diese politischen Akteur*innen jedoch zunehmend unter den Begriff der Identitätspolitik subsumiert, was eine sinnvolle politikwissenschaftliche Analyse, welche soziale Bewegungen dem radikaldemokratischen Projekt dienlich sein könnten, erschwert. Das politikwissenschaftliche Erkenntnisinteresse dieser Arbeit besteht deshalb in der Erarbeitung der ontologischen⁴ Struktur von dem was als Identitätspolitik bezeichnet wird sowie von den von Mouffe angebotenen *Arten der Politik*. Dadurch können Rückschlüsse auf die ontische Struktur der sozialen Bewegungen gezogen werden, die sich an einer der drei Arten von Politik orientieren. Davon erhoffe ich mir eine präzisere Kategorisierung von sozialen Bewegungen und ihren politischen Programmen: Die anscheinende Dualität zwischen Identitätspolitik und sozialer Politik könnte durch eine dritte Analysekategorie – den radikalen Reformismus – ergänzt und aufgebrochen werden. Relevant ist diese Arbeit aufgrund der aktuellen gesamtgesellschaftlichen Debatte über Identitätspolitik, aber auch, weil Mouffe den radikalen Reformismus dramatisch untererklärt hat und somit viele Fragen offen lässt bezüglich der ontologischen sowie ontischen Ausgestaltung der radikal-reformistischen Politik. Die Frage dieser Arbeit lautet deshalb: *Was ist radikal-reformistische Politik?*

Im Kapitel 2 werde ich die Hegemoniethorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe erläutern, die den theoretischen Rahmen dieser Arbeit darstellen wird, denn sie erlaubt es, die Konstruktion von Identität als politisch-hegemonialen Prozess zu denken. Im darauffolgenden Kapitel, das den ersten Analyseteil dieser Arbeit einleitet, werde ich mich dem Begriff der Identitätspolitik annähern, die zentralen Schlüsselbegriffe des aktuellen Forschungsstandes erläutern sowie den Begriff der Identität aus einer hegemoniethoretischen Perspektive beleuchten. Ich komme zu dem Schluss, dass sich eine Unterscheidung zwischen Politik und Identitätspolitik nicht rechtfertigen lässt, denn jede Politik benötigt die Fixierung von Identität – der Begriff ist also tendenziell inhaltsleer. Im Kapitel 4 argumentiere ich, dass auch die Ergänzung *emanzipatorische* Identitätspolitik diese Problematik nicht löst, da es stets offen ist, von was eine Emanzipation erfolgen soll: Identitätspolitik kann auch von rechten politischen Akteur*innen betrieben werden. Ich argumentiere daher weiter,

⁴ Mouffe und Laclau differenzieren zwischen dem Ontologischen und dem Ontischen, bzw. zwischen dem Politischen und der Politik. Das Politische ist auf der ontologischen Ebene angesiedelt, die die Art und Weise bezeichnet, in der die Gesellschaft eingerichtet ist. Diese Ebene steht im Kontrast zur Ebene der Politik – der ontischen Ebene -, die die vielfältigen Praktiken und Akteure der Politik im konventionellen Sinne meint (vgl. Mouffe 2017, S. 15).

Mouffes und Laclaus politische Theorie

dass es immer eine Wertebasis braucht, um Politiken voneinander unterscheiden zu können. Im Kapitel 6 führe ich daher das Projekt einer radikalen und pluralen Demokratie als eine solche Wertebasis an. Im letzten Kapitel, das den zweiten Analyseteil dieser Arbeit darstellt, unternehme ich den Versuch, aufzuzeigen, dass die Kritik sowie die Befürwortung von Identitätspolitik selber als politisch-hegemoniale Programme gedacht werden können, die in ihrer Totalität wiederum Ausschlüsse und Unterordnungsverhältnisse produzieren. Der radikale Reformismus kann hier als Mittelweg dienen, der zwar ein hegemoniales Programm darstellt, jedoch auf die inneren Differenzen und unsichtbaren Ausschlüsse eines jeden politischen Projekts Rücksicht nimmt. Im Folgenden wird in Mouffes und Laclaus politische Theorie eingeführt.

2 Mouffes und Laclaus politische Theorie

Die politische Theorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe kann als eine der einflussreichsten Beiträge zur politischen Theorie des 20. Jahrhunderts gelten, denn sie vereint poststrukturalistisches Denken mit dem Konzept der Hegemonie nach Antonio Gramsci und der Methode der Dekonstruktion nach Jaques Derrida zu einer Theorie des Politischen (vgl. Nonhoff 2007, S. 7). Diese innovative Verbindung ermöglichte zahlreiche empirische und theoretische Studien, die sich mit der Frage der Hegemonisierung von bestimmten Ordnungen beschäftigen (vgl. etwa Bruell 2007; Schulz 2007; Nonhoff 2015). Dabei basieren alle Studien auf dem Primat des Politischen, also der Annahme, dass jede gesellschaftliche Ordnung prinzipiell politisch und damit von Macht durchdrungen ist. Durch diese neue diskurstheoretische Konzeption wird es möglich, die diskursive Konstitution von Identitäten als politisch zu denken und dadurch Rückschlüsse auf Machtprozesse zu gewinnen (vgl. Stäheli 2009, S. 278). So darf die Hegemonietheorie nicht als eine neue Abhandlung über die derzeitige Verfasstheit der präsenten Gesellschaft verstanden werden, sondern als Versuch, die grundlegende ontologische Verfassung von Gesellschaft im Allgemeinen zu begreifen. Die Hegemonie als zentraler Begriff der Analyse ist somit ebenfalls auf der ontologischen Ebene angesiedelt. Hegemonie kann dementsprechend als die „politische Logik des Sozialen“ (Opratko 2018, S. 150) verstanden werden.

Dieser universelle Anspruch der Theorie hat ihr jedoch auch viel Kritik eingebracht. Denn auf dem sehr abstrakten Niveau der Theorie würden tendenziell die sich wandelnden Bedingungen des Sozialen vernachlässigt und dadurch wiederum ein universeller Gesellschaftsbegriff proklamiert, der eigentlich durch die Hegemonietheorie aufgelöst werden sollte (vgl. Demirovic 2007). Ein hieran

Mouffes und Laclaus politische Theorie

anschließendes Symptom ist die Vernachlässigung der Materialität von gesellschaftlichen Verhältnissen, die Mouffe und Laclau mit ihrem Post-Marxismus nicht mehr in den Blick genommen haben, wodurch sie wieder einen Idealismus einführen würden (vgl. Geras 1998). Darüber hinaus wird die Hegemonietheorie als individualistisch kritisiert, denn wenn es zwischen Antagonismen keinen Dialog gibt, sondern beide die Grenze der Objektivität des jeweils anderen bilden, dann ist die Wahl zwischen den Antagonismen eine rein individuelle Wahl, die dann wiederum mit Rationalität erklärt werden kann. Ebenfalls vergisst die Hegemonietheorie, dass Politik auch schon von den existierenden Objektivitäten abhängt und sich ein Antagonismus dementsprechend nicht einfach frei bilden kann (vgl. Mattutat und Breuning 2017, S. 78ff). Dennoch wird die Hegemonietheorie den zentralen Rahmen dieser Arbeit bilden, denn trotz der Kritik erlaubt sie es, die Konstruktion von Identität als politisch und machtvoll zu verstehen und nicht als schlichtweg vorhandene Entitäten. Dadurch kann Identitätspolitik als hegemoniale Politik gedacht werden. In den folgenden Unterkapiteln werden die zentralen Elemente der Hegemonietheorie eingeführt.

2.1 Genese der Hegemonietheorie

Chantal Mouffe und Ernesto Laclau stellten in ihrem Hauptwerk *Hegemonie und radikale Demokratie* (2015) die Überlegung ins Zentrum, dass politische Forderungen nicht mehr um einen Klassenkern herum organisiert sind, sondern entlang differenzierender Achsen, wie zum Beispiel sexuelle Identität oder Ökologie (vgl. Flügel-Martinsen und Marchart 2014, S. 198). Sie kritisieren damit die Annahme des Marxismus, dass die Identität der Klasse nicht im Bereich des Sozialen gebildet wird, sondern durch ihre Stellung in den Produktionsverhältnissen. Für Mouffe und Laclau ist dies ein ökonomischer Essentialismus, denn die Ökonomie tritt hier als privilegierter Ort der Formierung der „wahren“ Interessen der Arbeiterklasse auf (vgl. Opratko 2018, S. 127). Indem der Marxismus eine Spaltung zwischen dem Ort der Konstituierung der Klassenidentität und dem Ort seiner Repräsentation aufmacht, wird die Identität der Arbeiterklasse als etwas Fixiertes gedacht, das dementsprechend als etwas der Politik Äußerliches auftritt und nur noch von ihr repräsentiert werden muss (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 52). Die Ablehnung dieses Klassenreduktionismus und das Auffüllen der Leerstelle der Konstituierung von Identität ist der Kern der postmarxistischen Hegemonietheorie (vgl. Marchart 2007, S. 106): (Kollektive) Identitäten werden nicht durch etwas ihnen Äußerliches – Mouffe und Laclau nennen dies *Exteriorität* (2015, S. 145) - konstituiert, sondern durch hegemoniale Machtpraktiken auf dem Feld der Diskursivität selbst (vgl. ebd., S. 27).

Mouffes und Laclaus politische Theorie

Aber Mouffe und Laclau wenden nicht nur den Marxismus zum Postmarxismus, sondern auch den Strukturalismus zum Poststrukturalismus. Denn genau wie es keine Exteriorität von Gründen geben kann, kann es keine *Interiorität* geben, d.h. ein System kann nicht auf sich selbst verweisen – also selbstdefinitorisch sein -, um Bedeutung zu erzeugen. Genau dies geschieht jedoch im Strukturalismus: Diese Denkschule geht in Anschluss an die Arbeiten von de Saussure davon aus, dass sprachliche Zeichen ihre Bedeutung über die Differenz zu anderen Zeichen erhalten (vgl. Nonhoff 2010, S. 36). Zwar eliminiert dies jeglichen objektiven und äußerlichen Grund für Bedeutung, jedoch ist hier implizit der Gedanke eines Systems von Differenzen enthalten, das durch seinen systemischen Charakter wieder eine Notwendigkeit - also einen objektiven Grund - hervorbringen würde (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 137). Es wird dadurch wieder möglich, von „der Gesellschaft“ als geschlossene Totalität zu reden, weil Gesellschaft sich über das geschlossene Differenzsystem selbstdefiniert (vgl. ebd., S. 147). Für Mouffe und Laclau ist dies jedoch gerade das, womit ihre politische Theorie brechen will: Es gibt keine Möglichkeit, Gesellschaft als etwas Positives zu denken, sei es durch Bezug auf ein objektives Außen (Marxismus) oder eine objektive Bedeutungsstruktur innerhalb der Gesellschaft (Strukturalismus).

2.2 Gesellschaft als hegemonial fixierter Diskurs

Wie sieht aber dann das Terrain aus, auf dem Diskurse wirken, wenn es nicht „die Gesellschaft“ ist? Mouffe und Laclau nennen dies das *Feld der Diskursivität* (2015, S. 146). Es zeichnet sich dadurch aus, dass es auf der einen Seite keine Fixierung von Identität durch Verweis auf einen letzten Grund oder ein Differenzsystem zulässt, auf der anderen Seite eine Fixierung jedoch notwendig ist, um überhaupt Bedeutung zu erzeugen (vgl. ebd., S. 147). Dadurch ist jede Gesellschaftsformation kontingent. Bedeutung wird durch die Fixierung eines Systems von differentiellen Positionen erschaffen, indem *Elemente* zu einem Diskurs angeordnet werden. Mouffe und Laclau nennen dies *Artikulation*. Ihr Diskursbegriff ist sehr komplex: Mouffe und Laclau denken Gesellschaft nicht als ein fixiertes Ganzes, sondern als Moment eines bestimmten Diskurses – als ein *System von Differenzsystem* (ebd., S. 148). Dieses System wird hervorgebracht, indem die Artikulation *flottierende Signifikante* (ebd.) zu einem prekären differentiellen System zusammenschweißt (vgl. Opratko 2018, S. 132). Elemente gewinnen erst über ihre spezifische Anordnung ihre Bedeutung und verändern dementsprechend ihre Identität durch die Praxis der Artikulation: „Jede Identität wird in Abgrenzung zu anderen Identitäten erzeugt und trägt von sich aus keine Bedeutung“ (Stäheli 2009, S. 257) – jede Identität ist also relational. Laclau und Mouffe sprechen deshalb auch nicht von rationalen Subjekten, die sich selbst

Mouffes und Laclaus politische Theorie

erkennen wissen können, sondern nur von *Subjektpositionen* (2015, S. 150), die veränderbar sind und keinen letzten Grund haben. Damit weitet sich der Diskursbegriff stark aus, denn erst vor dem Hintergrund der Artikulation von Elementen zu Momenten eines bestimmten Diskurses wird das Soziale denkbar und produziert innerhalb dieses Diskurses Sinnhaftigkeit und Realität. Der Diskursbegriff umfasst damit also nicht nur sprachliche Elemente, sondern auch materielle Praxen, weil er selbst „Gesellschaft“ ist (vgl. Nonhoff 2007, S. 9). Das Soziale oder „die Gesellschaft“ wird von Mouffe und Laclau entsprechend als Sedimentierung von Praktiken begriffen, die durch Institutionen, Rituale und Verfahrensweisen ihre eigene Reproduktion sichern (vgl. Wilde 2014, S. 206). Das Soziale ohne das Politische gedacht wäre somit eine ständige Wiederholung der etablierten Praktiken, die dadurch als objektiv wahrgenommen werden – also als Gesellschaft (vgl. Hintz und Vorwallner 2015, S. 19).

Nach Mouffe und Laclau hat das Politische hingegen die Funktion, das Kontingente des Sozialen aufzudecken (vgl. Nonhoff 2010, S. 38): Die Idee von Bedeutungserzeugung durch ein festes Differenzsystem muss verworfen werden, denn es kann keine *genähte*⁵ Totalität geben, die sich einfach selbstdefinieren kann. Genau wie die Elemente innerhalb einer Gesellschaft ein „Anderes“ benötigen, um eine Bedeutung zu erhalten, benötigt das System von fixierten Differenzen also ebenfalls ein *konstitutives Außen*⁶, damit sich ihr inneres Differenzgefüge sinnvoll und stabil konstituieren kann (vgl. Stäheli 2009, S. 257; Nonhoff 2010, S. 38f). Mouffe und Laclau gehen folgerichtig davon aus, dass ein Diskurs und dementsprechend das Soziale niemals geschlossen werden kann. Dieses Außen steht in einem ambivalenten Verhältnis zum „Inneren“, denn das „Innere“ des Diskurses erlangt erst über das konstitutive Außen Bedeutung. Gleichzeitig tritt das Außen jedoch als Bedrohung auf, da es immer als Negatives in der positiven Bedeutung vorhanden ist: „Die Präsenz des einen Objektes in den anderen [verhindert], dass irgendeine ihrer Identitäten fixiert wird“ (Laclau und Mouffe 2015, S. 138). Beide Diskurse überfluten sich gegenseitig mit Bedeutung, weil sie jeweils auf negative Art im anderen vorhanden sind. Dadurch ist das Soziale notwendig kontingent, weil seine Bedeutung immer auf etwas beruht, das außerhalb von ihm steht – das Soziale ist also selbst nie vollständig. Diese ambivalente Beziehung zweier Elemente - notwendig und gleichzeitig bedrohlich - nennen Mouffe und Laclau *Antagonismus*: Die beiden sich

⁵ Mouffe und Laclau wollen mit diesem Begriff beschreiben, dass keine Gesellschaft als geschlossene Totalität begriffen werden kann, sondern eben nur als kontingente Schließung, die wie eine Naht aber auch wieder aufgehen kann (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 242ff).

⁶ Dieser Begriff stammt von Derrida und bezeichnet die Unmöglichkeit einer reinen Objektivität, weil sich jedes Objekt/Subjekt erst durch Ausschließung von dem, was es nicht ist, konstituiert (vgl. Mouffe 2015, S. 36).

Mouffes und Laclaus politische Theorie

gegenüberstehenden Kräfte erlangen ihre Bedeutung nicht darüber, dass sie sich widersprechen, sondern dass sie sich gegenseitig ausschließen und negieren. Sie sind gegenseitige Symbole des Nicht-Seins der anderen Kraft und damit immer durch Ausschluss im Anderen vorhanden. Das Politische ist dementsprechend von Antagonismen durchzogen, die nicht negiert werden können (vgl. Mouffe 2014, S. 207f).

Kurzzeitig kann der Diskurs jedoch geschlossen werden, indem *Äquivalenzketten* gebildet werden. Eine Äquivalenzkette wird gebildet, indem ein Zentrum konstruiert wird, um das herum sich die flottierenden Signifikanten anordnen und sich dadurch tendenziell angleichen. Laclau nennt dieses Zentrum *leeren Signifikant* (vgl. Opratko 2018, S. 137). Ein leerer Signifikant ist ein Versuch, die allgemeine Bedeutung oder Identität eines Diskurses zu bezeichnen (vgl. Nonhoff 2010, S. 42). Indem ein bestimmter Moment des Diskurses inhaltlich entleert wird - also seinen festen Platz in einem Differenzsystem verliert - kann er mit neuer Bedeutung aufgeladen werden. Er kann mit anderen diskursiven Momenten aufgefüllt werden und fungiert damit als Symbol für die Repräsentation der gesamten Äquivalenzkette. Damit erlaubt ein leerer Signifikant die Fixierung von Bedeutung von anderen Signifikanten und es entsteht eine Äquivalenzkette (vgl. Stäheli 2009, S. 262).

Die Äquivalenzkette wird jedoch wieder von der Kontingenz unterlaufen: Durch die Angleichung von Elementen innerhalb einer Äquivalenzkette verschwindet ihre interne Differenz und dadurch auch ihre Bedeutung. Da ein bedeutungsloser Zustand nicht möglich ist, muss sie anders hervorgebracht werden: Über das konstitutive Außen (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 164). Eine Äquivalenzkette bringt dadurch eine antagonistische Grenzziehung hervor, weil sie nicht mehr auf ihre eigene positive Identität verweisen kann, sondern nur negativ durch den anderen Pol (vgl. Nonhoff 2010, S. 43): „[D]a alle differentiellen Bestimmungen des einen Poles sich durch ihre negativ-äquivalentielle Referenz auf den anderen Pol aufgelöst haben, zeigt ein jeder von ihnen ausschließlich das, was er nicht ist.“ (Laclau und Mouffe 2015, S. 165). Idealtypisch ist dies eine andere Äquivalenzkette (vgl. Nonhoff 2007, S. 12). Die Äquivalenzkette kann also nicht durch ihren rein positiven Bezug auf den leeren Signifikanten bestehen, sondern je stärker sich der symbolische Signifikant entleert, desto stärker wird die Bedeutung durch negative Abgrenzung zum konstitutiven Außen aufrechterhalten. Der Antagonismus kann deshalb nicht als etwas natürlich Vorhandenes gedacht werden, was zum Beispiel der Marxismus proklamiert(e). Vielmehr werden sie selbst diskursiv hervorgebracht und durch Artikulation neuer Elemente verändert, wie dies z.B. bei den neuen sozialen Bewegungen der Fall war (vgl. Flügel-Martinsen und Marchart 2014, S. 198). Antagonismen sind also

Mouffes und Laclaus politische Theorie

artikulatorisch veränderbar. Die Gesellschaft ist damit immer unabgeschlossen, denn sie ist durch die fortwährende Auflösung von Differenz durch Äquivalenz unmöglich, wird aber durch die temporäre Fixierung von Bedeutung durch die Konstitution einer antagonistischen Differenz wieder möglich (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 166). Zwischen diesen beiden Logiken des Sozialen, der Äquivalenz und der Differenz, spannt sich das Feld der Diskursivität auf, in dem Gesellschaft unmöglich, aber gleichzeitig möglich ist (vgl. Opratko 2018, S. 136). In diesem Feld befindet sich auch die *Hegemonie*.

2.3 Das Politische in der Hegemonietheorie

Die Unabgeschlossenheit des Sozialen ist letztendlich die Bedingung für die Wirkung von Hegemonie. Diese kann nur auf einem diskursiven Feld operieren, das nicht vollständig fixiert ist. Die Bedingung der Unabgeschlossenheit enthält damit selbst wieder zwei Bedingungen. Erstens benötigt sie einen von Antagonismen durchzogenen Raum, weil eine einfache artikulatorische Neuordnung von Elementen keine Effekte der Negation anderer Diskurse auslöst: Eine einfache Neuordnung würde nur bedeuten, dass innerhalb eines fixierten Differenzsystems Bedeutungen verändert würden. Das Differenzsystem selbst ändert aber nicht seine Identität. Gramsci ging noch von dieser einfachen Wirkungsweise von Hegemonie aus und implizierte damit eine Positivität von Gesellschaft (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 174ff; Barfuss und Jehle 2017, S. 109). Die zweite Bedingung ist deshalb die Instabilität der Antagonismen: Wenn diese fest fixierte Grenzfronten wären, gäbe es keine flottierenden Elemente, die eine artikulatorische Praxis erlauben würden (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 173).

Die Veränderbarkeit von Antagonismen macht den politischen Kern der Hegemonietheorie aus. Denn Antagonismen wirken gesellschaftskonstituierend, insofern sie Bedeutungserzeugung über Äußerlichkeit möglich machen (vgl. Stäheli 2009, S. 265). So dreht sich der politische Kampf im Wesentlichen um die Frage, was das Außen der Gesellschaft sein soll und was dementsprechend das Gemeinwohl ist, auf das sich dann beispielsweise das „Volk“ berufen kann (vgl. Nonhoff 2010, S. 45f). Das bedeutet auch, dass, wenn sich die Bestimmung des Außen ändert, sich auch die Identität der Gesellschaft und die Definition des Gemeinwohls ändert (vgl. ebd., S. 40f). Demnach ist eine erfolgreiche hegemoniale Operation eine, die über eine Konstruktion von Äquivalenzketten ein neues System von Differenzen begründet, die dann als Gesellschaft intelligibel wird. Dadurch wird es für einen partikularen Diskurs möglich, das Universelle zu repräsentieren und dadurch auch die jeweilige Vorstellung vom Gemeinwohl durchzusetzen. Solch einen hegemonialen Diskurs, der ein bestimmtes Differenzsystem fixiert, nennen Mouffe und Laclau *hegemoniale*

Das Verhältnis von Identitätspolitik und der Hegemoniethorie

Formation (2015, S. 174). Diese ist dann „ein Ensemble relativ stabiler sozialer Formen als Reproduktionsbedingungen [...] sozialer Kräfte“ (vgl. Hintz und Vorwallner 2015, S. 17) und naturalisiert die bestehende Ordnung. Das Politisch-Sein dieser Ordnung aufgrund ihrer inhärenten antagonistischer Ausschlüsse wird quasi vergessen und ein eigentlicher Partikularismus wird mit einem Universalismus verwechselt (vgl. Stäheli 2009, S. 266). Dadurch wird eine politische Ordnung zu einer sedimentierten Verfahrensweise der Reproduktion dieser Ordnung (vgl. Wilde 2014, S. 206f).

Zusammengefasst kann Hegemonie als politische Operation verstanden werden, die durch die Artikulation von Äquivalenzketten eine bestimmte Ordnung hervorbringt, die als universell gilt und durch die Bereitstellung von geeigneten leeren Signifikanten anderen sozialen Akteur*innen die Möglichkeit gibt, diese mit ihren Forderungen aufzufüllen (vgl. Opratko 2018, S. 147). Hegemonie konstruiert gesellschaftlichen Sinn, der durch vorherrschende Praktiken und Subjektivierungen instituiert und reproduziert wird (vgl. Nonhoff 2010, S. 41). Folglich kann ein hegemonialer Diskurs auch durch einen gegenhegemonialen Diskurs abgelöst werden. Welcher gegenhegemoniale Diskurs das sein wird, ist jedoch offen. Hegemonie ist dadurch immer machtvoll und dementsprechend politisch, denn sie beruht auf dem Ausschluss alternativer Möglichkeiten (vgl. Mouffe 2014, S. 193). Dadurch konstituiert sich jede Ordnung durch eine radikale Negativität, in der niemals Objektivität erreicht werden kann (vgl. ebd., S. 11).

3 Das Verhältnis von Identitätspolitik und der Hegemoniethorie

Mouffe und Laclaus politische Theorie zeigen auf, dass die Gesellschaft nicht objektiv ist und dass das Soziale immer verändert werden kann. Hieran schließt auch das an, was sich selbst oder durch andere als Identitätspolitik bezeichnet wird. In diesem Kapitel wird der Forschungsstand zu Identitätspolitik sowie die Schlüsselkonzepte der Identitätspolitik kurz eingeführt, um in einem weiteren Schritt das Konzept der Identität mit der Hegemoniethorie beleuchten zu können. Daraus erhoffe ich mir Rückschlüsse ziehen zu können auf die Frage, was genau Identitätspolitik von „normaler“ oder „sozialer“ Politik unterscheidet.

3.1 Annäherung an den Begriff der Identitätspolitik

In Europa wird das Aufkommen von Identitätspolitik oft mit dem Entstehen der Neuen Linken in den 60er Jahren zusammengedacht. Die Neue Linke ist primär als Reaktion auf die ausschließenden Machteffekte des Klassenkompromisses der Nachkriegszeit entstanden (vgl. Marchart 2018, S. 68): Die stärkere Etablierung des demokratischen Wohlfahrtsstaates führte dazu, dass die Forderungen der Arbeiterkämpfe

Das Verhältnis von Identitätspolitik und der Hegemonietheorie

sozialstaatlich integriert wurden. Diese *Konstitutionalisierung der Arbeit* beruhte jedoch primär auf dem Ausschluss von Frauen* und Migrant*innen aus dem Klassenkompromiss. Diese wurden immer noch patriarchal und rassistisch in die Produktionsprozesse integriert (vgl. Mezzadra und Neumann 2017, S. 21ff; Dowling et al. 2017, S. 414), anstatt diese Diskriminierungsform ebenfalls politisch zu skandalisieren. Die Kritik der Neuen Linken richtete sich deshalb primär gegen die marxistische Theoretisierung der Arbeiterklasse als homogenes Subjekt, das nur als einheitlich erscheinen kann, gerade aufgrund ihrer Ausschließungen anderer Subjektpositionen (vgl. Mezzadra und Neumann 2017, S. 26f).

Vor diesem Hintergrund erscheint es logisch, dass der Begriff Identitätspolitik das erste Mal von Schwarzen⁷ Frauen verwendet wurde. 1977 tauchte er in den USA auf, als das Combahee River Collective in einem Statement folgendes schrieb: „We believe, that the most profound and potentially most radical politics come directly out of our own identity“ (Combahee River Collective 1977). Das Kollektiv aus Schwarzen und lesbischen Frauen drückt damit aus, dass ihre gemeinsame Unterdrückungserfahrung auch am besten gemeinsam bekämpft werden kann (vgl. Sussemichel und Kastner 2018, S. 7). Es wird also aus einer bestimmten Positionierung oder Identifizierung heraus das dominante Verständnis von Politik hinterfragt und die eigenen politischen Interessen wahrnehmbar gemacht. So hat Judith Butler gezeigt, dass der Kampf um Anerkennung und das Recht zu erscheinen wesentlich mit sozialen Rechten zusammenhängen. Denn erst wenn ein Mensch oder eine Gruppe in der Öffentlichkeit als anerkenntbar erscheinen kann, können auch seine/ihre sozialen Rechte eingefordert werden (vgl. Butler 2018a, S. 58). Identitätspolitik meint damit im Wesentlichen die Politisierung von Identität (vgl. Purtschert 2017, S. 16) – also das Aufbrechen einer passiven Identifizierung und das Neusetzen einer aktiven Selbstidentifikation (vgl. Supik 2005, S. 89), die dann an bessere Lebensbedingungen geknüpft werden kann. Hier deutet sich schon an, dass der Dualismus zwischen rein kultureller Anerkennungspolitik und „echter“ linker Sozialpolitik nicht haltbar ist.

Kollektive Identität, die den Ausgangspunkt von Identitätspolitik bildet, entsteht über eine gemeinsame (Unterdrückungs-)Erfahrung sowie über zugeschriebene Merkmale, die Individuen in der Gesellschaft (passiv) positionieren und diskursiv den Rahmen fixieren, innerhalb derer diese spezifischen Identitäten existieren können (vgl. Hark 1996, S. 26). Von dieser Positionierung muss Identitätspolitik ausgehen,

⁷ Schwarz wird im folgenden groß geschrieben, um generell auf den Konstruktionscharakter von Hautfarbe hinzuweisen sowie den Status der weißen Hautfarbe als universell und dadurch strukturell übergeordnet zu hinterfragen.

Das Verhältnis von Identitätspolitik und der Hegemonietheorie

um zu versuchen „die Bedingungen der Konstitution politischer Subjekte zu verändern“ (Hark 1996, S. 47) und sich die Identität anzueignen. Die Historikerin Joan W. Scott hat diese widersprüchliche Vorgehensweise als *Paradox der Emanzipation* (1998, S. 3f) bezeichnet: Identitätspolitik bewege sich immer in der Spannung zwischen Affirmation der eigenen Identität und ihrer gleichzeitigen Ablehnung. Denn um eine bestimmte Diskriminierung aufzeigen zu können, müsse die konstitutive Identitätsachse erst einmal sichtbar gemacht werden und auf sie hingewiesen werden. Die Konstituierung einer selbstermächtigenden Identität beginnt daher mit Bezug auf die fremdzugeschriebene Identität, indem auf gemeinsamen „Wesensmerkmale“, wie z.B. der vermeintlichen Hautfarbe rekurriert wird und die gemeinsamen (Unterdrückungs-)Erfahrungen hervorgehoben werden (vgl. Supik 2005, S. 71ff). Diese Affirmation wird aber wiederum unterlaufen, indem etwa eine andere Geschichte dieser kollektiven Identität erzählt wird oder diskriminierende Fremdbezeichnungen umgedeutet werden (vgl. Sussemichel und Kastner 2018, S. 8).

Gayatri Chakravorty Spivak spricht hier von *strategischem Essentialismus*, der es den *Subalternen*⁸ erlauben würde, die hegemonialen Zuschreibungen durch Selbstbeschreibung zu unterlaufen, indem sie ein selbstbezeichnetes homogenes Kollektiv erschaffen (vgl. Castro Varela und Dhawan 2015, S. 191). Identitätspolitiken neigen deshalb auch immer dazu, die eigene selbstermächtigende Identität zu einer essenziellen Identität umzudeuten, indem behauptet wird, die Identität sei kohärent⁹, wovon Spivak auch warnt (vgl. ebd., S. 178). Die Behauptung essentieller Identitäten wirken dadurch wieder exkludierend gegenüber denen, die nicht den Identitätsanforderungen entsprechen (vgl. Sussemichel und Kastner 2018, S. 8f).

Um diese widersprüchlichen Identifizierungsprozesse als Macht-Prozesse sichtbar zu machen, werden neben vielen weiteren Identitätsachsen vor allem die drei Identitätsachsen *race*, *class* und *gender* genutzt, entlang derer Identitäten und Zugehörigkeiten geordnet werden (vgl. Marchart 2018, S. 73). Die gleichzeitige Nutzung dieser Identitätskategorien läuft unter dem Begriff *Intersektionalität* und bezeichnet die Überschneidung von Identitätsachsen, die eine Mehrfachprivilegierung oder Mehrfachdiskriminierung bedingen und die Verwobenheit von Unterdrückungsformen betonen (vgl. Schneider 2013, S. 385), was bestätigt, dass Identitäten niemals als singuläre und „reine“ Identitäten auftreten.

⁸ Als Subalterne bezeichnet Spivak in Anlehnung an Antonio Gramsci eine bestimmte Gruppe, die in Differenz zur hegemonialen Gruppe steht und in der Gesellschaft untergeordnet positioniert ist. Die subalterne Gruppe wird durch die hegemoniale Gruppe geführt (vgl. Castro Varela und Dhawan 2015, S. 186f).

⁹ Kohärenz meint hier die diskursive Konstruktion einer geteilten identitären Gemeinsamkeit, die es erlaubt, diese kollektive Identität als homogen und klar unterscheidbar von anderen Identitäten zu denken (vgl. Sussemichel und Kastner 2018, S. 31f).

Das Verhältnis von Identitätspolitik und der Hegemoniethorie

Vielmehr überschneidet sich jede Identität mit den „rassischen, ethnischen, sexuellen, regionalen und klassenspezifischen Modalitäten diskursiv konstruierter Identitäten“ (Butler 2018b, S. 18). Identität setzt sich also immer aus mehreren Identitätsachsen zusammen und ist demnach als plural zu denken - Identität ist ein nie fixierbarer Begriff. Darum ist es auch nur sinnvoll von Identitätspolitiken im Plural zu sprechen. Daraus lässt sich die vorsichtige Erkenntnis formulieren, dass aufgrund der Intersektionalität eine präzise Zuordnung einer Gruppe zu einem dazugehörigen identitätspolitischen Programm schwierig ist, weil diese Gruppe in ihrer Homogenität gar nicht existiert¹⁰. Dennoch wird in der aktuellen Debatte über Identitätspolitik von beiden Seite eine Zuordnung von Identitäten zu bestimmten identitätspolitischen Gruppen behauptet. Es bietet sich daher an, zu untersuchen, wie diese identitätspolitischen Gruppen überhaupt erst diskursiv hervorgebracht werden. Im nächsten Unterkapitel wird deshalb mit der Hegemoniethorie untersucht, wie Identität hergestellt wird.

3.2 Der Begriff der Identität in der Hegemoniethorie

Die Unmöglichkeit der Fixierung von Identität macht den Kern der Überlegungen der Hegemoniethorie über Identität aus. Diese Überlegungen gehen auf die poststrukturalistischen Theorien der Subjektivierung zurück, denen gemeinsam ist, dass sie sich vom cartesianischen Subjekt als freies und transzendentes Ich verabschieden (vgl. Schaal und Heidenreich 2017, S. 301f). So beschreibt Michel Foucault in seinem Werk, wie das Subjekt erst durch das machtvolle Spiel eines Netzes von Diskursen, den sogenannten *Dispositiven*, hervorgebracht wird. Die Macht durchdringt das individuelle Leben, gesellschaftliche Beziehungen und ordnet die Diskurse. Macht hat dadurch nicht nur eine repressive Seite, sondern vor allem eine produktive, denn sie erzeugt durch eine spezifische Diskursanordnung erst die „Seele“ des Menschen sowie deren Begehren, Lust und Wissen (vgl. Sarasin 2016, S. 161ff). Kurz: Die Macht erzeugt erst das Subjekt, das dann als Individuum denkbar wird und dadurch immer Teil des Machtgefüges bleibt. Judith Butler schließt an diese Dezentrierung des Subjekts mit ihrem Performativitätsbegriff an. Ein *performativer Sprechakt* bringt erst das hervor, was er benennt. Durch die andauernde Wiederholung und Zitation von Diskursen erhalten diese überhaupt erst eine Wirkung und materialisieren sich. So entsteht auch das Subjekt als solches, das erst durch die es formenden Diskurse *intelligibel* – also denkbar – wird und sich selbst eine innere Kohärenz durch Bezug auf den Diskurs geben kann: Es gibt kein „intentionales

¹⁰ Beispielsweise ist die Aussage, dass Frauen* eine Gruppe sind, die damit feministisch ist, unzulässig, weil hier eine homogene Gruppe konstruiert wird, die automatisch mit einem politisch Programm – dem Feminismus – verbunden wird.

Das Verhältnis von Identitätspolitik und der Hegemoniethorie

Subjekt hinter der Tat“ (Butler 1995a, S. 126), sondern nur eines innerhalb der Sprache und der Diskurse. Diese wirken als Apriori einer sozialen Wirklichkeit – als *kulturelle Matrix* (Butler 2018b, S. 38) - weil sie die „soziale Wirklichkeit“ als symbolische Ordnung selbst erst als Wirklichkeit denkbar machen (vgl. Bublitz 2018, S. 29). Dadurch tritt jede Ordnung als machtvoll auf, denn sie schließt nicht-intelligible Subjekte aus dieser Ordnung aus. Stuart Hall, Begründer der Cultural Studies, denkt Identität deshalb nicht als ein sich selbst transparentes Ich. Vielmehr sind „Identitäten [...] konstruiert aus unterschiedlichen, ineinandergreifenden Diskursen, Praktiken und Positionen“ (Hall 2018, S. 170). Identität und der Subjektbegriff können damit als dezentriert und unabgeschlossen gesehen werden, denn Identität ist nur als andauernder Prozess der Identifizierung denkbar, der temporär durch Fremd- und Selbstpositionierung geschlossen werden kann (vgl. Supik 2005, S. 87f).

Die Hegemoniethorie schließt an diese anti-essentialistischen Überlegungen an: Diskurse - oder hegemoniethoretisch ausgedrückt: Differenzsysteme - bilden die symbolische Ordnung, die die „Wirklichkeit“ als solche erkennbar machen. Identitäten sind nach dem Verständnis der Hegemoniethorie kontingente Produkte einer spezifischen Artikulation eines Differenzsystem – sie sind Subjektpositionen und keine vollständig präsenten transzendentalen Subjekte, geschweige denn der Ursprung sozialer Verhältnisse (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 150). Identitäten können deshalb auch nicht als Objektivität auftreten, denn sie werden erst durch das konstitutive Außen intelligibel, das ausgeschlossen werden muss, aber dadurch in ihrem Innern „als dessen immer reale Möglichkeit gegenwärtig ist“ (Mouffe 2015, S. 36). Durch das immer anwesende konstitutive Außen ist die *Präsenz*¹¹ von Identität nie ganz zu verwirklichen - sie wird durch den antagonistischen Bedeutungsüberschuss immer wieder unterlaufen. Wenn dennoch eine Schließung von Identität vorgenommen und deren „Natürlichkeit“ proklamiert wird, kann dies als hegemonialer und damit politischer Akt verstanden werden, der auf die Sedimentierung von Identität abzielt.

Die Schließung von Identität wird durch die Artikulation einer Äquivalenzkette hervorgebracht, die durch die Abgrenzung zum Außen dieser Identität Kohärenz erzeugt: Das, was überwunden werden muss – beispielsweise das Patriarchat - konstituiert erst das politische Subjekt, das vom Patriarchat befreit werden muss – also „die Frau“. Dementsprechend ist es falsch anzunehmen, dass sich eine soziale Bewegung auf vorhandene Identitäten beziehen kann, wie dies etwa durch Bezugnahme auf „wahre Wurzeln“ suggeriert wird, denn diese werden erst durch eine

¹¹ Mit Präsenz meinen Mouffe und Laclau die Vorstellung eines „objektiven Seins“, die den Dingen selbst angehört oder die einer vollen sozialen Positivität (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 161).

Das Verhältnis von Identitätspolitik und der Hegemoniethorie

hegemoniale Operation konstituiert (vgl. Hall 2017, S. 217f). Identitätspolitik ist also keine Politik, die einfach nur auf vorhandene Identitäten rekurriert, vielmehr muss sie sie erst selbst konstituieren. Diese „Anrufung“¹² von Identität beruht demnach wesentlich darauf, wo die antagonistische Grenze zum konstitutiven Außen gezogen wird und wer entsprechend das „wir“ ist, das sich identitätspolitisch organisieren und wehren kann.

Die hegemoniale Hervorbringung von Identitäten bedeutet, dass diese immer machtvoll sind, denn sie schließen die Möglichkeit von anderen Identitäten aus (vgl. Stäheli 2009, S. 266ff). Identitäten bezeichnen dadurch auch immer eine bestimmte soziale Positionierung, die unterschiedlichen Subjekten unterschiedliche Ressourcen und Rechte einräumt (vgl. Hark 1996, S. 169f): „Eine Identität zu ‚haben‘ bedeutet, unter einer Reihe von Beschreibungen zu leben und innerhalb der Bedingungen zu agieren, die von diesen Beschreibungen gesetzt sind“ (ebd., S. 22). Neben der Hervorbringung von Identität dreht sich der identitätspolitische Kampf dadurch auch immer um die Anerkennung dieser Identität, womit unter anderem auch eine neue soziale Positionierung einher geht. Identitätspolitik meint dann, „den eigenen Erfahrungen durch gegenseitige Anerkennung Bedeutung zu verleihen [...] [wodurch] die eigenen Belange nicht negiert, sondern artikulierbar werden“ (Purtschert 2017, S. 17f).

3.3 Identitätspolitik als hegemoniale Politik

Mit dieser Arbeitsdefinition von Identitätspolitik – Konstitution und neue soziale Positionierung von Subjekten und Identitäten - kündigt sich jedoch ein Problem an: Es leitet sich kein Privileg der Bezeichnung einer bestimmten (linken oder rechten) Politik als Identitätspolitik ab, nur weil diese über eine gemeinsame (Unterdrückungs-)Erfahrung ein politisches Subjekt bildet. Der Begriff der Identitätspolitik ist mit seiner primär links-emanzipatorischen Bedeutung noch nicht ausgeschöpft. Es kann sehr wohl auch rechte Identitätspolitiken geben, wie dies Patricia Puschert in ihrem Beitrag „Es gibt kein jenseits der Identitätspolitik“ schon im Titel andeutet (2017). Sie schreibt, dass „jede Politik auf ihre partikulare Ausgangslage zurückgeführt werden [kann]“ (ebd., S. 20). Analog dazu führt die Autorin Laila Lalami an, dass der Wahlkampf von Trump ebenfalls weiße Identitätspolitik war. Zwar gelte die Weißsein immer noch als unmarkiert und nicht als „race“, jedoch wurden im Wahlkampf explizit die Probleme weißer Menschen angesprochen und ihre Identität damit politisiert (vgl. Lalami 2016).

¹² Mit „Anrufung“ bezeichnet unter anderem Butler einen performativen Akt, „durch den ein Subjekt in sein sprachliches Sein kommt“ (Butler 1995a, S. 125).

Das Verhältnis von Identitätspolitik und der Politik der Emanzipation

Somit kommen auch rechte Akteur*innen nicht ohne die Anrufung einer kohärenten Identität aus.

Es kann dementsprechend argumentiert werden, dass jede Politik identitätspolitisch gedacht werden kann. Wir haben gesehen, dass Identitätspolitik die Aufdeckung der Kontingenz von Identität beinhaltet, sodass diese Identität neu artikuliert und in einem Differenzsystem fixiert werden kann. Dies zeigt, dass der Begriff der Identitätspolitik mit der Hegemonietheorie gedacht hinfällig wird und sich im Begriff der Politik auflöst: Wenn Identitätspolitik darauf beruht, das, was als universell und normal gilt, zu hinterfragen und als partikularistisch zu kritisieren (vgl. Dowling et al. 2017, S. 416), fällt dies mit Mouffe und Laclaus Politikbegriff zusammen, die das Politische „als Moment der Reaktivierung der kontingenten Natur der Objektivität“ (Hintz und Vorwallner 2015, S. 19) begreifen. Gleichzeitig tritt jede Identitätspolitik als hegemoniales Projekt auf, denn sie zielt auf die Hervorbringung von spezifischen Identitäten als intelligible Kategorien ab - Identitätspolitik tritt auf dem Feld der Diskursivität in den hegemonialen Kampf um das Universelle ein. Wenn Identitätspolitik Identitäten neu fixiert, geht es bei ihr auch „nur“ darum, das Universelle mit einem bestimmten Partikularismus zu besetzen (vgl. Bloemen 2019) – also um eine Strategie, die Identitäten naturalisieren will, indem der inhärente Mangel von Identität durch Identifizierung mit einer „natürlichen Ordnung“ verdeckt wird (vgl. Hark 1996, S. 60f).

Es lässt sich demnach feststellen, dass Identitätspolitik als Systematisierungsbegriff sinnlos wird: Durch ihn kann keine Unterscheidung zwischen Politiken getroffen werden, denn es kann nicht präzise zwischen Identitätspolitik und Politik unterschieden werden: „Der Begriff des Politischen ist nicht an sich mit politischen Inhalten besetzt, sondern bezeichnet die grundsätzliche Möglichkeit einer [...] hegemonialen und antagonistischen Artikulation von Diskursen“ (Wöhl 2007, S. 143). Dadurch löst sich die Kopplung von Identitätspolitiken an die Politik marginalisierter Positionen auf, wie sie noch historisch durch ihren Entstehungskontext mit dem Combahee River Collective gegeben war. Der Begriff der Identitätspolitik verliert mit der Hegemonietheorie betrachten demnach seine spezifische Bedeutung und muss genauer bestimmt werden. Dies wird im folgenden Kapitel versucht.

4 Das Verhältnis von Identitätspolitik und der Politik der Emanzipation

Mit der Hegemonietheorie kann keine Unterscheidung zwischen den Inhalten und „Richtungen“ von Politik getroffen werden, geschweige denn zwischen „guter“ demokratischer und „schlechter“ nicht-demokratischer Politik. Dennoch plädieren Mouffe und Laclau am Ende ihres Buches *Hegemonie und radikale Demokratie* für

Das Verhältnis von Identitätspolitik und der Politik der Emanzipation

die Errichtung einer radikalen Demokratie. Simon Critchley kritisierte, dass die beiden Theoretiker*innen dadurch auf unzulässige Weise eine Ethik einführen würden, die sich nicht selbst aus ihrer Theorie ergibt. Er bescheinigte der Hegemonietheorie deshalb ein normatives Defizit (vgl. Critchley 2012). Dieser Kritik kann entgegnet werden, dass sich die normative Orientierung an einem Projekt einer radikalen Demokratie (vor allem von Mouffe) nicht aus der Dekonstruktion selbst ableiten lassen muss, sondern die ethische Haltung gegenüber dem „Anderen“ aus einem Bekenntnis zu den demokratischen Werten der Freiheit und Gleichheit resultiert (vgl. Obracaj 2015, S. 9). Um eine Unterscheidung zwischen Politiken vornehmen zu können, bedarf es also immer einer gewissen Wertebasis, die die Koordinaten solch einer Unterscheidung liefert. Es erscheint daher sinnvoll, wenn nicht lediglich von Identitätspolitiken gesprochen wird, sondern von *emanzipatorischen* Identitätspolitiken, was gewisse Werte impliziert, denen diese Politik verpflichtet ist. Im folgenden Kapitel wird der Vorschlag der inhaltlichen Bestimmung von Identitätspolitik als „emanzipatorisch“ untersucht, wobei der Begriff der Emanzipation aus dem demokratischen Diskurs abgeleitet wird, den Mouffe und Laclau in *Hegemonie und radikale Demokratie* benannt und analysiert haben. Dies erlaubt es eventuell, die nötige Abgrenzung zu rechten Identitätspolitiken vorzunehmen, um so den Begriff der Identitätspolitik mit Inhalt zu füllen.

4.1 Linke Identitätspolitiken und der Begriff der Emanzipation

Emanzipation meint generell einen Prozess der Befreiung aus Abhängigkeit und Unmündigkeit sowie der Verwirklichung der Selbstbestimmung (vgl. Schubert und Klein 2018, S. 101). Mouffe und Laclau nannten den Diskurs, der dies tendenziell ermöglicht „demokratischen Diskurs“ (2015, S. 191). Dieser demokratische Diskurs, der mit der französischen Revolution entstand und das Versprechen der universellen Gleichheit aller Menschen sowie die Bekräftigung der absoluten Macht des Volkes beinhaltete, hat die „ethisch-politischen Prinzipien“ der Gleichheit und Freiheit als „neue Matrix des sozialen Imaginären“ (ebd.) ins Leben gerufen. Der demokratische Diskurs mit seiner egalitären Wirkung wurde zu einem „symbolischen Bezugssystem“ (Mouffe 2015, S. 19), der als das Äußere des hegemonialen Diskurses auftreten kann und dadurch das Potenzial hat, den Diskurs der Unterordnung zu durchbrechen (Laclau und Mouffe 2015, S. 190): Indem das hegemoniale Differenzsystem in Begrifflichkeiten der antagonistischen gegenhegemonialen Formation artikuliert wird, wirkt der demokratische Diskurs tendenziell emanzipatorisch und bietet einen diskursiven Bezugspunkt für soziale und politische Bewegungen.

Was im Folgenden mit Emanzipation gemeint wird, wird mit der von Mouffe und Laclau getroffenen Unterscheidung zwischen Unterordnungsverhältnis und

Das Verhältnis von Identitätspolitik und der Politik der Emanzipation

Unterdrückungsverhältnis verständlicher: Ein Unterordnungsverhältnis ist eine als legitim betrachtete Unterordnung eines Akteurs unter den anderen. Diese Hierarchisierung von Identitäten wird als legitim begriffen, weil die Identitäten erst über ihre spezifisch angeordnete Fixierung Sinn erhalten: So wird beispielsweise die Identität „Mann“ als essentielle Kategorie erst denkbar, weil sie sich von der Identität „Frau“ abgrenzen kann, die als das „Andere“ der Universalität – also als Ausnahme – konstituiert wird¹³ (vgl. Laclau nach Hall 2018, S. 172). Indem diese Unterordnung als Differenzordnung hegemonial wurde, konnte sie sich naturalisieren und die fixierten Identitäten als transzendente, also nicht von Macht durchdrungene Kategorien ausgeben. Ein Unterordnungsverhältnis kann jedoch als Unterdrückungsverhältnis reartikuliert werden, wenn auf den demokratischen Diskurs Bezug genommen werden kann: In den Begrifflichkeiten der Demokratie erscheint ein Unterordnungsverhältnis zwischen Mann und Frau aufgrund der Ungleichheit nicht mehr als legitim. Ein Unterordnungsverhältnis, das als natürliche Differenz wahr genommen wurde, wird zu einem Unterdrückungsverhältnis und dadurch zum Ort eines Antagonismus (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 190). So ist es sozialen Akteur*innen möglich, sich durch Bezug auf die demokratischen Prinzipien der Gleichheit und Freiheit aus der fixierten hegemonialen Artikulation herauszulösen – sich also zu emanzipieren. Denn sie zeigen durch den Verweis auf den demokratischen Gedanken auf, dass für sie die Gleichheit und Freiheit in der hegemonialen Ordnung nicht existiert. Indem sie ihre Differenz aufzeigen, lösen sie sich selbst als Momente des hegemonialen Diskurses und werden zu flottierenden Elementen. Indem diese Widerstände dann mit dem demokratischen Diskurs artikuliert werden, entstehen „neue Formen radikaler Subjektivität“ (ebd., S. 195), die sich dann um die ethisch-politischen Prinzipien der Gleichheit und Freiheit als widerständiges Kollektiv artikulieren und (soziale) Rechte für sich einfordern können.

Durch den demokratischen Diskurs und seine Äquivalenzverschiebungen entstehen so immer mehr politische Räume und Subjektivitäten, die vor ihrer Artikulation mit dem demokratischen Diskurs noch im hegemonialen Differenzsystem fixiert waren – sie waren nur Teil des Sozialen, das auf sedimentierten Praktiken, Institutionen und Identitäten, die sich selbstständig reproduzieren, beruht (ebd., S. 220). „Identitätspolitische“ Akteure können dementsprechend durch Bezugnahme auf ihre Differenz aufzeigen, dass ihre spezifische zugewiesene Identität im hegemonialen Diskurs nicht äquivalent ist mit anderen Identitäten. So entstehen durch den Bezug auf die Ungleichbehandlung neue kollektive Identitäten, die sich, wie das Combahee

¹³ Diese binäre Gegenüberstellung der Geschlechter soll lediglich die Produktion der Binarität illustrieren und nicht als Reproduktion dieser Binarität verstanden werden.

Das Verhältnis von Identitätspolitik und der Politik der Emanzipation

River Collective, auch gemeinsam gegen Marginalisierung wehren, welche sie aufgrund einer gemeinsamen Rassifizierung erfahren.

Hegemonietheoretisch kann also argumentiert werden, dass emanzipatorische Identitätspolitik über die untergeordnete Position ihrer politischen Subjekte von rechter Identitätspolitik abgegrenzt werden kann. Emanzipatorische Subjekte wären nach diesem Verständnis Subjekte, die gerade über die Negation ihrer Gleichheit und Freiheit konstituiert werden: Sie (re-)konstituieren ihre Identität über ihren Widerstand und Abgrenzung zum hegemonialen Diskurs und können sich dadurch aus ihrer untergeordneten Fixierung herauslösen. Im Anschluss daran wird in der Forschung oft argumentiert, dass linke emanzipatorische Identitätspolitiken solche sind, die Rechte einfordern, die vom liberal-demokratischen Staat eigentlich gewährleistet werden müssen (vgl. Müller 2019, S. 24). Linke Identitätspolitiken würden deshalb auf größtmögliche Partizipation und Inklusion abzielen, weshalb linke identitätspolitische Grenzziehungen auch durchlässig und verhandelbar seien (vgl. Sussemichel und Kastner 2018, S. 17). Nicht-emanzipatorische und rechte Identitätspolitiken wären demnach Politiken von Subjekten, die innerhalb der hegemonialen Ordnung als übergeordnete Identitäten fixiert wären und sich demzufolge erst über die Unterordnung der marginalisierten Identitäten konstituieren. Bei diesen Politiken drehe es sich demnach also eher um die Bewahrung von Privilegien, weshalb Grenzziehungen naturalisiert werden – entweder biologistisch (z.B. über das Geschlecht) oder kulturalistisch (z.B. über die Nation) (vgl. ebd.).

4.2 Rechtspopulistische Identitätspolitiken als emanzipatorische Politik

Auf einen zweiten Blick erweist sich die Unterscheidung von emanzipatorischen und nicht-emanzipatorischen Identitätspolitiken jedoch als sehr fragil: Die Annahme, dass Subjekte, die für eine emanzipatorische Identitätspolitik infrage kommen, nur solche sind, die sich quasi erst im Widerstand gegen die hegemoniale Ordnung konstituieren, ist letztendlich ohne Inhalt¹⁴. Denn wenn das einzige Kriterium für eine emanzipatorische Politik Widerständigkeit gegen die hegemoniale Ordnung ist, inkludiert dies auch Widerständigkeiten, die sich zwar auch gegen die hegemoniale Ordnung richten, aber für die Errichtung einer neuen, aus linker Perspektive weniger freien und gleichen Ordnung kämpfen.

¹⁴ Anja Rüdiger argumentiert, dass es zwar „Muster progressiver oder konservativer Gesinnung“ gäbe, diese aber keine theoretische Grundlage bieten, um das emanzipatorische Potenzial einer hegemonialen Bewegung zu identifizieren (vgl. Rüdiger 2017, S. 96).

Das Verhältnis von Identitätspolitik und der Politik der Emanzipation

Für Chantal Mouffe ist dies der Fall beim Rechtspopulismus¹⁵. Rechtspopulist*innen greifen vor allem in Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise 2008 die hegemoniale Ordnung des Neoliberalismus an (vgl. Mouffe 2018, S. 22). Der Neoliberalismus hätte durch die Deregulierung der Märkte, den Schutz des Eigentums durch den Staat und die Durchsetzung des Freihandels eine *postdemokratische* Situation geschaffen, die durch das Nichtvorhandensein der demokratischen Werte der Gleichheit und der Volkssouveränität sowie der Artikulation von Liberalismus mit dem Finanzkapitalismus gekennzeichnet sei (vgl. ebd., S. 26). Die eingeschränkte Möglichkeit eines demokratischen Protestes führte zu einer enormen „Oligarchisierung“ (ebd., S. 28) westeuropäischer Gesellschaften, schlechteren Arbeitsbedingungen, sowie der Entwicklung von Ungleichheit auf allen Ebenen. Der Neoliberalismus stelle die Globalisierung als alternativlos dar und legitimierte damit den fortwährenden Prozess der Prekarisierung (vgl. ebd., S. 14).

Mit den Erkenntnissen zum Begriff der Emanzipation aus dem vorherigen Unterkapitel kann daher argumentiert werden, dass der Widerstand von rechtspopulistischer Seite das demokratische Prinzip der Gleichheit und der Volkssouveränität reaktiviert und damit ein „Wir“ gegen die neoliberale Elite in Stellung bringt, das mit der wachsenden Ablehnung der neoliberalen Politik artikuliert wurde (vgl. Mouffe 2017, S. 88). Rechtspopulistische Forderungen können deshalb insofern als demokratische und emanzipatorische Forderungen verstanden werden, als dass sie die vom Liberalismus ausgehöhlte Volkssouveränität wieder stärken wollen. So kann man im Rechtspopulismus „eine illiberale demokratische Antwort auf [einen] undemokratischen Liberalismus sehen“ (Manow 2020, S. 18). Undemokratisch ist der Liberalismus, weil er kollektive Formen der Identifikationen, wie die des „Volkes“, als archaisch abtut (vgl. Mouffe 2017, S. 86) und eher auf rationalen Konsens und Dialog zwischen Individuen setzt (vgl. ebd., S. 64ff). Der Liberalismus betont so gesehen die Freiheit gegenüber der Gleichheit und schwächt dadurch das egalitäre Moment der Volkssouveränität.

Rechtspopulisten ignorieren nicht die antagonistische Natur des Politischen, sondern reaktivieren sie vielmehr. Sie geben ihren Wähler*innen, die sich im Individualismus des Neoliberalismus nicht repräsentiert fühlen, durch die Konstruktion einer

¹⁵ Auf eine genaue Definition von Populismus kann hier nicht eingegangen werden. Ich halte mich an die Definition, die Mouffe von Laclau übernommen hat. In diesem Sinne verstanden ist Populismus „eine Diskursstrategie, die eine politische Frontlinie aufbaut, indem sie die Gesellschaft in zwei Lager aufteilt und zu einer Mobilisierung der ‚Benachteiligten‘ gegen ‚die an der Macht‘ aufruft.“ (Mouffe 2018, S. 20f). Die Ausarbeitung des Unterschieds zwischen linker und rechter (populistischer) Politik wird im weiteren Verlauf der Arbeit vorgenommen.

Das Verhältnis von Identitätspolitik und der Politik der Emanzipation

kollektiven Identität, wie dem *Volk*¹⁶, die Möglichkeit der stark affektbeladenen Identifikation (vgl. Mouffe 2017, S. 40) und damit die Möglichkeit des Protestes. So argumentiert Nils Heisterhagen, dass eine Repräsentationslücke des „links-kommunitaristischen Milieus“ besteht, das soziale Sicherheit und kollektiven Zusammenhalt gegenüber dem Individualismus des Liberalismus bevorzugt. Dieses Milieu wählt potenziell rechts, weil ihnen durch die etablierten Parteien keine alternativen Identifikationsmöglichkeiten gegeben werden (vgl. Heisterhagen 2018). Bernd Stegemann schließt sich hier an und kritisiert, dass liberale Identitätspolitik nicht mehr die strukturelle Gewalt der Eigentumsfrage in den Blick bekommen würde und dadurch den Rechten in die Hände spiele: „Für immer mehr Anteilslose erscheint der Rechtspopulismus so als die letzte Chance, um die unsichtbaren Machtverhältnisse des Liberalismus noch angreifen zu können“ (2017, S. 90).

Daraus lässt sich die Erkenntnis ableiten, dass Rechtspopulist*innen per definitionem auch emanzipatorische Identitätspolitik betreiben, denn sie bieten Formen der kollektiven Identität an, die in der Hegemonie des Neoliberalismus untergeordnet waren oder als illegitim erschienen - wie etwa die des Volkes. Der (Rechts-)Populismus kann so als die Wiederkehr des verdrängten Volkes gedeutet werden (vgl. Manow 2020, S. 51). Mit diesen Identitätsangeboten können dann soziale und kulturelle Forderungen verbunden werden, die sich gegen die neoliberale Prekarisierung wenden. Dies soll nicht bedeuten, dass rechte und linke Identitätspolitiken ununterscheidbar sind: Rechte Identitätsangebote sind strikt exklusiv, denn die Volkssouveränität tritt meistens in Form einer „nationalen Souveränität“ auf, die für „wahre“ Staatsbürger reserviert ist. (vgl. Mouffe 2018, S. 35). Rechte Identitätskonzepte Essentialisieren, wie dies z.B. beim Begriff des „wahren Volkes“, der Fall ist, das den Menschen gegenübersteht, die nicht zum Volk gehören und damit als das „Andere“ erscheinen. Die rechtspopulistische Politik besteht deshalb vor allem darin, Individuen und Gruppen Zugehörigkeiten zu- bzw. abzusprechen (vgl. Müller 2019, S. 19), und die eigene Gleichheit an der Ungleichheit der Anderen zu messen (vgl. Dowling et al. 2017, S. 416), wodurch wieder Unterdrückungsverhältnisse reproduziert werden. Präzise gelingt diese Abgrenzung trotzdem nicht, da auch linke Identitätspolitiken dazu neigen, exkludierende Essentialismen hervorzubringen. Zusätzlich habe ich eben gezeigt, dass, wenn Emanzipation lediglich die Befreiung aus einem Unterordnungs- oder Unterdrückungsverhältnis meint, über diesen Begriff ebenfalls keine Abgrenzung

¹⁶ „Volk“ wird hier als leerer Signifikant verstanden, der von allen politischen Akteur*innen unterschiedlich gefüllt wird. So wurde der Volksbegriff auch von Links aktiviert, wie dies z.B. in manchen lateinamerikanischen Ländern als Reaktion auf die neoliberale Umgestaltung des „Washington-Konsens“ der 1980er Jahre der Fall war (vgl. Mezzadra und Neumann 2017, S. 38ff).

Das Verhältnis von Identitätspolitik und der Politik der Emanzipation

möglich ist. Denn von der Form her ist dies auch bei Wähler*innen rechter Parteien der Fall (vgl. Mouffe 2018, S. 76).

Die Erwiderung, dass rechtspopulistische Identitäten zwar ebenfalls im Widerstand entstehen würden, sich aber nicht im radikaldemokratischen Sinne auf Gleichheit und Freiheit beziehen und dadurch nicht „wirklich“ emanzipatorisch seien, muss ebenfalls scheitern. Denn die leeren Signifikanten Gleichheit und Freiheit können auch mit anderen Forderungen gefüllt und artikuliert werden: Sie sind lediglich "Resultat von Sinnfixierungen, die hegemonial geworden sind" (Wilde 2014, S. 206). Für den Neoliberalismus unter Thatcher war dies paradigmatisch: Dieser artikuliert das liberale Prinzip der Freiheit mit anti-egalitären konservativen Positionen, um trotz der tendenziell egalitären Wirkung des Liberalismus die Philosophie des Besitzindividualismus beibehalten zu können, die tendenziell anti-egalitär wirkt (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 213). Freiheit wurde mit Eigentum artikuliert, obwohl Eigentum zwangsläufig die freiheitlichen Rechte von Nicht-Eigentümern einschränkt. Es ist also in keinsten Weise klar, dass sich Widerstandsformen gegen den hegemonialen Diskurs pro-demokratisch äußern, obwohl sie sich auf den demokratischen Diskurs beziehen.

Dies kann sogar so weit gehen, dass durch die Berufung auf die demokratischen Prinzipien der Freiheit und Gleichheit eine Querfront zwischen linken und rechten Politiken möglich wird: So kann beispielsweise der Signifikant „Selbstbestimmungsrecht des Volkes“ als leerer Signifikant auftreten, der linke - in der Regel antiimperialistische Kämpfe, die die Freiheit der Völker fordern - mit rechten Ansätzen, wie dem Ethnopluralismus, der die Koexistenz von Rassen bei gleichzeitiger Reinhaltung dieser propagiert (vgl. Meyer 2018, S. 20f), verbindet (vgl. Sussemichel und Kastner 2018, S. 19f). Dadurch wird so etwas wie ein Linksnationalismus möglich, der die Souveränität eines Volkes legitimieren will, indem er auf die inhärente Identität eines Volkes verweist, die nicht durch äußere Akteure angerührt werden dürfe. Der tendenziell emanzipatorische Gedanke der Volkssouveränität nimmt dadurch implizit rechte Essentialismen in sich auf und wirkt unter anderem migrationsfeindlich (vgl. van Dyk 2019, S. 26). Der linke Kampf für die Emanzipation von Völkern kann dadurch rechte Identitätspolitiken stärken, die auf die Verschiedenheit kultureller Identitäten verweist und deshalb ihre Trennung einfordert. Die Forderung des Selbstbestimmungsrechts wird dadurch zu einer konstitutiven Grenze zwischen den Kulturen und stabilisiert damit im Zweifel die eigene nationale Identität. Emanzipation durch Anrufung von Freiheit und Gleichheit weist also nicht zwangsläufig in eine „linke“ Richtung.

4.3 Klassenpolitik versus emanzipatorische Identitätspolitik

Es ist demnach nicht möglich, ohne weitere Ausführungen zur Wertebasis des Emanzipationsbegriffes diesen als Unterscheidungsmerkmal zwischen linken und rechten Identitätspolitiken zu verwenden. Dies wird noch einmal deutlicher, wenn wir uns die Forderung sozialistisch-materialistischer Kritik, Identitätspolitik durch Klassenpolitik zu ersetzen, anschauen. Denn diese versteht sich ebenfalls als emanzipatorisches Projekt, das die Unterordnungen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise und der Eigentumsverhältnisse überwinden will (vgl. Stegemann 2017, S. 89). Eine haltlose Affirmation der Klassenpolitik führt jedoch wiederum zu Ausschlüssen. So kann die Zuschreibung bestimmter Kämpfe als „Identitätspolitik“ als Artikulation der hegemonialen Kräfte verstanden werden, die dadurch die angebliche Partikularität dieser Kämpfe betonen will und damit die eigenen Kämpfe als universell artikuliert (vgl. Purtschert 2017, S. 20).

Diesen Mechanismus haben schon Mouffe und Laclau analysiert, indem sie die ontologische Privilegierung der Arbeiterklasse aufzeigten. Marx theoretisierte die Klasse als objektiv vorhanden, weil sie sich im ökonomischen Unterbau konstituierte – dies ist die *Klasse an sich*. Für einen Klassenkampf müssen sich die Arbeiter*innen jedoch noch mit dieser Klasse identifizieren – sie müssen also ein Bewusstsein ihrer gemeinsamen ökonomischen und ausgebeuteten Lage entwickeln, um eine *Klasse für sich* zu werden. Als leerer Signifikant trat und tritt immer noch die Arbeit auf, die zur Gemeinsamkeit aller Arbeiter*innen erklärt wird und ihre Stellung im Produktionsprozess, also dem „objektiven“ Bereich der Gesellschaft, markieren soll (vgl. Sussemichel und Kastner 2018, S. 43f). Dadurch entstand eine Äquivalenzkette, die einen Antagonismus gegenüber der Bourgeoisie eröffnete und dadurch erst das Proletariat als *Klasse für sich* schuf. Diese Arbeiter*innenidentität wurde dann als Ausgangspunkt für den politischen Kampf für mehr Gleichberechtigung genutzt (vgl. Friedrich 2018, S. 18). Nach der oben gefundenen Definition ist dies klassische Identitätspolitik.

Dennoch gilt der Arbeiterkampf nicht als Identitätspolitik, was die derzeitige Debatte zur Genüge beweist. Ganz im Gegenteil: Er versteht sich als das Andere der Identitätspolitik. Dies kann als eine hegemoniale Strategie verstanden werden: Indem ein neuer Antagonismus zur Identitätspolitik aufgemacht wird, kann sich eine „große Koalition der Anti-Identitätspolitik“ (van Dyk 2019, S. 27) bilden, die es verschiedensten Kämpfen erlaubt, sich über das konstitutive Außen der Identitätspolitik äquivalent zu setzen und ihren eigenen identitätspolitischen Kampf damit zu stabilisieren. So wird der Begriff *Identitätspolitik* mit zahlreichen negativ aufgeladenen Begriffen artikuliert: Spaltend, egoistisch, partikular, neoliberal,

Das Verhältnis von Identitätspolitik und der Politik der Emanzipation

essentialistisch, postmaterialistisch (vgl. Thaa 2018, S. 38; van Dyk 2019). Dies führt zu einer Fixierung eines Differenzsystems, in welchem auf der einen Seite Identitätspolitik als partikularer Kampf und auf der anderen Seite der Arbeiterkampf als universell steht. Es kann demnach argumentiert werden, dass es der Anti-Identitätspolitik-Koalition darum geht, eine „Rückkehr des Hauptwiderspruchs“¹⁷ (Dowling et al. 2017) zu forcieren, der es dieser hegemonialen Allianz erlaubt, eine „echte“ Politik gegen die rein „kulturelle Anspruchspolitik“ auszurufen.

Dies ist eine eindeutig hegemoniale Praxis, denn sie beansprucht Deutungshoheit über das, was als politisch oder als „natürlich“ gilt. So wird es möglich, bestimmte Bereiche der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft zu entpolitisieren, indem bestimmte Unterordnungsverhältnisse als „natürliche“ Identitäten konserviert werden. Dies hat einen machtvollen Effekt, denn es erlaubt, die gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen zu stabilisieren: Die Reduktion auf den vermeintlich rein ökonomischen Kampf ignoriert die integrative Rolle von z.B. Sexismus und Rassismus in die Sphäre der Produktion (vgl. Friedrich 2018, S. 18f). Die „Entmaterialisierung der Kritik sogenannter Minderheiten“ (van Dyk 2019, S. 30) erlaubt erneut die unsichtbare Integration in den Produktionsprozess über Vergeschlechtlichung und Rassifizierung. Durch die Reduzierung und damit Universalisierung der „sozialen Frage“ auf rein ökonomische Kämpfe werden die intersektionalen Identitätsachsen neben der ökonomischen Klassenzugehörigkeit erneut unsichtbar gemacht. Dadurch werden rassistische und sexistische Regime reproduziert. Nur der Kampf von weißen männlichen Arbeitern wird „als soziale und ökonomische Realität betrachtet“ (Dowling et al. 2017, S. 417), womit wieder das weiße und männliche Subjekt zum Universellen artikuliert wird.

Auf einer ontologischen Ebene kann daher argumentiert werden, dass der Streit um die Definition von Identitätspolitik als die Rückkehr des Kampfes um die Frage, was als privat und was als politisch gilt, gedacht werden kann. Die Verknüpfung von Identitätspolitik mit „partikular“ verweist eindeutig auf den privaten Raum und unterläuft damit die Erkenntnisse der feministischen Theorie, die das patriarchale Differenzsystem, das seine Bedeutung durch die Grenze privat/politisch erhalten hat, reartikuliert hat, indem sie diese Grenze aufgelöst und verschoben haben. Durch die Dekonstruktion dieses machtvollen Ausschlusses änderten sich die im Differenzsystem fixierten Identitäten und damit die (männlichen) Privilegien, die zuvor

¹⁷ In der Diskussion um den Marxismus galt und gilt der Antagonismus zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse und dementsprechend zwischen Kapital und Arbeit als Hauptwiderspruch (vgl. Schneider 2013, S. 381), der, wenn er denn aufgelöst ist, alle anderen Unterdrückungsformen (Nebenwidersprüche) ebenfalls beenden würde, weil diese nur Teil der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse waren (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 216).

Zwischenfazit

an diese geknüpft waren. Es wurden eine Vielzahl von Räumen politisiert, die sich potenziell unter dem Banner des feministischen Kampfes zusammenschließen lassen. Das heutige Framing der feministischen Politik als partikulare Identitätspolitik beinhaltet aber gerade deshalb implizit den Versuch, die Grenze privat/politisch zu reartikulieren und den feministischen Kampf - stellvertretend für alle „identitätspolitischen“ Kämpfe - wieder in den privaten Bereich zu verbannen.

5 Zwischenfazit

Es wird deutlich, dass es durch die Nicht-Determination des politischen Kampfes schwierig wird, emanzipatorische Identitätspolitik zu definieren, geschweige denn die Subjekte zu identifizieren, die emanzipatorische Identitätspolitiken durchführen können. Vielmehr sind wir mit einer *Polysemie* an Widerständigkeiten konfrontiert (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 206ff). Wir stehen deshalb vor drei Problemen, die die Nutzung des Begriffs der Identitätspolitik zur Beschreibung einer linken und emanzipatorischen Politik verhindert: Erstens weist der Begriff eine Inhaltsleere auf, denn mit der Hegemonietheorie gedacht ist jede Politik per se parteiisch und beruht auf der Grundlage kollektiver Identitäten und Identifikationsprozesse. Zweitens bietet auch das Vorwort „emanzipatorisch“ keine definitorische Sicherheit, denn die Konstitution von widerständiger Subjektivität durch die antagonistische Grenzziehung zum hegemonialen Diskurs ist nicht nur „linken“ kollektiven Identitäten vorbehalten. Auch „rechte“ Identitäten können durch Bezugnahme auf Freiheit und Gleichheit als widerständige Kollektive entstehen. Drittens gelingt es durch den Begriff der Identitätspolitik nicht, eine linke Identitätspolitik, die auf die Missstände der Gesellschaft hinweist, mit der sozialistisch-materialistischen Kritik, die die generelle Gefahr der neoliberalen Vereinzelung aufzeigt, zu verbinden. Vielmehr tritt der Begriff als Kampfgebiet auf, denn beide Seiten versuchen ihre theoretischen Annahmen mit dem Begriff zu artikulieren. Die „identitätspolitische“ Seite marginalisierter Minderheiten bringt den Begriff der Emanzipation in Stellung und versteht sich als machtkritisch. Die linkssozialistische Seite rekurriert auf den Klassenkampf und weist diesen als das „echte“ linke Projekt aus. Chantal Mouffe schlägt mit dem Projekt einer radikalen und pluralen Demokratie eine dritte Wertebasis vor, auf die sich der Begriff der Identitätspolitik – oder weitergefasst: ein linkes Projekt – stützen kann. Indem diese Wertebasis angenommen wird, könnte von ihr ausgehend bestimmt werden, was eine radikaldemokratische Politik ausmacht, die eine Alternative sein könnte. Dadurch ist es möglich, auch in einer Gesellschaft ohne „letzten Grund“ zu bestimmen, was eine „gute“ Politik ist. Dafür ist es zunächst nötig, die Umriss des Projekts einer radikalen Demokratie zu formulieren.

6 Mouffes Projekt einer radikalen und pluralen Demokratie

Für Mouffe und Laclau Theoretiker*innen besteht das Ziel des politischen Kampfes in der Ausweitung der Demokratie und ihrer Radikalisierung, um letztendlich die postdemokratische Situation zu überwinden. Die radikale Demokratie genießt hierbei ein ontologisches Privileg, denn sie ist „die einzige politische Verfassung, die den Antagonismus produktiv integriert hat“ (Nonhoff 2007, S. 11) und so der Konfliktivität des Sozialen Raum gibt. Dies bedeutet aber nicht, dass die radikale Demokratie historisch determiniert irgendwann zu ihrer Verwirklichung kommt. Vielmehr muss sie erst als neue hegemoniale Formation hervorgebracht werden (vgl. Stäheli 2009, S. 271). Dies ist nach Mouffe und Laclau die Aufgabe einer Politik, die sich als links versteht (vgl. 2015, S. 214).

6.1 Das demokratische Paradox

Das Projekt einer radikalen Demokratie besteht darin, die Logik der Differenz auszuweiten, indem die Logik der Äquivalenz ebenfalls ausgeweitet wird (vgl. ebd., S. 204). Diese „unmögliche und dennoch notwendige Beziehung“ (Marchart 2008, S. 10) bezeichnet Mouffe im Anschluss an Carl Schmitt als das demokratische Paradox: Moderne Demokratien sind von einer konstitutiven Spannung zwischen Liberalismus – der gleichgesetzt werden kann mit der Logik der Differenz – und Demokratie¹⁸ – die gleichgesetzt werden kann mit der Logik der Äquivalenz – durchzogen.

Der Liberalismus beruht wesentlich auf der Idee der Menschenrechte, Gewaltenteilung und der Verteidigung der individuellen Freiheitsrechte (vgl. Mouffe 2015, S. 20): Jeder Mensch ist in seiner Differenz einzigartig und hat daher Anspruch auf Rechte. Mit der Hegemonietheorie gedacht kann dieser liberale und „extreme Pluralismus“ (ebd., S. 35) als ein Differenzsystem auftreten, das es durch eine bestimmte Fixierung erlaubt, den Menschen als universellen Träger von Rechten zu konstruieren: Das liberale Menschenbild beschreibt den Menschen als schon „vor dem Gesetz“ vorhanden, also als eine Positivität, die sich dann nach kontraktualistischer Manier für eine bestimmte Gesellschaftsform entscheiden kann (vgl. Butler 2018b, S. 18). Eine uneingeschränkte liberale Konzeption der Gesellschaft leugnet die konstitutive Funktion von Antagonismen und verkennt damit, dass man es auf dem Feld des politischen mit kollektiven und pluralen Identitäten zu tun hat, die erst über Antagonismen konstituiert werden (vgl. Mattutat und Breuning 2017, S. 67). Dadurch wird das Soziale entpolitisiert und tritt dann nur noch als reines Soziales auf. Das Feld der Diskursivität wird durch die totale Verstreuung

¹⁸ Demokratie wird hier im Anschluss an Mouffe als Synonym für das ethisch-politischen Prinzip der Gleichheit verstanden. Demokratie unterscheidet sich dementsprechend von liberaler Demokratie, in der die Gleichheit mit dem liberaler Prinzip der Freiheit zusammengedacht wird (vgl. Mouffe 2015, S. 20).

Mouffes Projekt einer radikalen und pluralen Demokratie

geschlossen und es wird möglich, das Sein als reine Präsenz zu konstruieren, was aber wiederum zu Ausschlüssen führt.

In der liberalen Demokratie ist es demnach notwendig, den Liberalismus zu begrenzen, um so die Politisierung des Sozialen zu gewährleisten. Die Logik der Differenz muss durch die Logik der Äquivalenz eingeschränkt werden – im demokratischen Diskurs durch das Prinzip der Gleichheit. Die grundlegende Gleichheit aller Menschen macht es trotz aller Differenzen möglich, jedem Menschen grundlegende Rechte anzuerkennen. Gleichheit in ihrer Totalität führt jedoch wiederum zu Ausschlüssen, denn Äquivalenz benötigt einen gemeinsamen Nenner und dadurch eine Grenzziehung, die es erlaubt, eine bestimmte Gruppe zu bestimmen, die die Rechte erhält und ausüben kann – im nationalen Kontext wäre dies z.B. das „Volk“, das eine „gemeinsame Identität demokratischer Zivilbürger“ (Mouffe 2015, S. 61) erlaubt. Diese kollektiven Identitäten werden erst durch eine antagonistische Grenzziehung konstituiert: Eine homogene Einheit – oder eine Äquivalenzkette – benötigt eine Ungleichheit, von der aus sich Gleichheit überhaupt erst als Gleichheit denken lässt. Das bedeutet, dass auch eine Gesellschaft von gleichen Menschen ein konstitutives Außen braucht, von dem aus sie sich selbst als gleich denken kann (vgl. ebd., S. 51ff). Die Konstruktion von Gleichheit fordert somit immer eine antagonistische Grenzziehung zwischen „uns“ und „ihnen“ – bezüglich der Demokratie also zwischen dem Demos und den Menschen, die kein Teil vom Demos sind. Die Konstruktion von kollektiver Identität durch den Diskurs der Gleichheit beinhaltet deshalb zwangsläufig immer einen Moment des Ausschlusses. Diese ausschließende Logik der Demokratie wird in einer liberalen Demokratie dann wiederum durch den Liberalismus ausgeglichen, der mit seinem Menschenrechtsdiskurs die Freiheit aller Menschen betont und damit inkludierend wirkt. Die liberale Demokratie beruht auf der Artikulation beider Logiken, die letztendlich nicht miteinander vereinbar sind – es wird immer eine konstitutive Spannung zwischen beiden geben, die in ihrer antagonistischen Stellung zueinander begründet ist (vgl. ebd., S. 26f). Nur temporär kann dies durch die Hegemonie einer Seite aufgelöst werden (vgl. ebd., S. 22).

6.2 Der radikaldemokratische Pluralismus

So wird auch klar, weshalb Mouffe und Laclau von einer radikalen *und* pluralen Demokratie sprechen. Der radikale Pluralismus ist demokratisch, insofern er auf der Ausweitung des Prinzips der Gleichheit der Menschen beruht und dazu beiträgt, dass sich die liberal-demokratische Ideologie zum *common sense* westlicher Gesellschaften entwickelt (vgl. Marchart 2007, S. 109). Der Pluralismus ist insofern radikal, als dass jeder Kampf und jede Identität „in sich selbst das Prinzip seiner

Der Versuch einer Strukturierung: Arten von Politik

Geltung findet“ (Laclau und Mouffe 2015, S. 204) – also „das Ende einer substanziellen Idee vom guten Leben“ (Mouffe 2015, S. 34) beinhaltet. Anders gesagt: Das Projekt einer radikalen und pluralistischen Demokratie muss für die Gleichheit aller Menschen kämpfen und gleichzeitig ihre eigene Grundlosigkeit anerkennen (vgl. Nonhoff 2010, S. 48). Dies äußert sich dadurch, dass dem Sozialen keine essentialistische Identität gegeben werden darf, sondern die Pluralität der Kämpfe anerkannt werden muss, die jegliche äquivalentielle Fixierung wieder unterlaufen. Mit Claude Lefort gesprochen ist der Ort der Macht leer geworden und kann und sollte nicht wieder gefüllt werden (vgl. Marchart 2010, S. 29). Dies bedeutet, dass die radikale Demokratie auf der Spannung zwischen dem Universellen und dem Partikularen beruht, denn wenn es kein letztbegründetes Universelles gibt, dann kann es nur Partikularismen geben, die sich universell repräsentieren. Und dies ist ein unabschließbares hegemoniales Ringen. Diese radikale Unabgeschlossenheit des Sozialen muss dementsprechend in der radikalen Demokratie institutionalisiert werden (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 230ff).

Wie diese Institutionalisierung auszusehen hat, wird unter dem Stichwort *Institutionalisierungsdefizit* derzeit besprochen (vgl. etwa Marchart 2020; Westphal 2020). Für diese Arbeit ist es jedoch nur von Interesse, die Möglichkeiten eines Aufbaus einer „demokratischen Gegenhegemonie“ (Marchart 2007, S. 105) durch eine emanzipatorische politische Bewegung zu betrachten. In diesem Kapitel wurde klar, dass eine politische Bewegung, die das Projekt einer radikalen Demokratie voranbringen will, einen Mittelweg zwischen der Forderung einer totalen Gleichheit und der Forderung einer totalen Freiheit finden muss, denn beide Logiken implizieren in ihrer Totalität erneut eine Essenz von Gesellschaft, die als vereinheitlichender Diskurs strikt entpolitisierend wirken (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 225f).

7 Der Versuch einer Strukturierung: Arten von Politik

Wie ich gezeigt habe, ist es nicht möglich, inhaltlich angeben zu wollen, was linke Politik an sich ausmacht (ist sie emanzipativ?), wo sie auftaucht (immer auf der Seite der Marginalisierten?) und wer die linken politischen Subjekte sind (die Klasse oder unterdrückte Subjekte?). Denn genau wie das Soziale sind auch die Inhalte von „linker“ Politik radikal offen. Ohne einen klaren Bezug auf bestimmte Werte kann deshalb nicht per se von einem linken Subjekt oder Kampf gesprochen werden. Mit Bezug auf die radikale Demokratie hat Mouffe jedoch eine Wertebasis vorgeschlagen, von der aus ein linkes Projekt bestimmt werden kann. In diesem Kapitel wird versucht, die eingangs erwähnte Spannung um Identitätspolitik zwischen Befürworter*innen und sozialistisch-materialistischen Kritiker*innen produktiv zu machen und zur

Der Versuch einer Strukturierung: Arten von Politik

Ausarbeitung eines radikale reformistischen Projekts zu nutzen, das Positionen aus beiden Lagern mit einer radikaldemokratischen Perspektive zusammenbringt. Dafür werde ich zunächst den reinen Reformismus näher beleuchten und argumentieren, dass die reine Affirmation von Identitätspolitik ohne sozialistisch-materialistische Perspektive ein (neo-)liberales Projekt ist. Anschließend werde ich zeigen, dass eine rein revolutionäre Politik ohne Berücksichtigung von Intersektionalität und diskursiver Macht entpolitisierend und totalitär wirkt. Es wird sich zeigen, dass die Spannung zwischen reinem Reformismus und der revolutionären Politik als Spannung zwischen der Logik der Differenz und der Äquivalenz gedacht werden kann und in einer radikal-reformistischen Politik zusammengedacht werden müssen, um die antagonistische Beschaffenheit des Gesellschaftlichen nicht zu leugnen, gleichzeitig aber auch, um ein hegemoniales radikaldemokratisches Projekt möglich zu machen.

7.1 Reiner Reformismus

Nach Mouffe ist für den reinen Reformismus charakteristisch, dass er „die Legitimität der liberalen Demokratie ebenso akzeptiert wie die Prinzipien der bestehenden hegemonialen neoliberalen Gesellschaftsformation“ (2018, S. 58). Problematisch für ein radikaldemokratisches Projekt ist hierbei nicht die Akzeptanz der demokratischen Institutionen (dies ist vielmehr eine Voraussetzung der radikalen Demokratie), sondern die Affirmation der neoliberalen Hegemonie, die auf einer spezifischen Artikulation zwischen politischem Liberalismus und der kapitalistischen Produktionsweise beruht (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 210) und entpolitisierend wirkt. Im nächsten Unterkapitel werde ich untersuchen, auf welche ontologischen Prämissen der reine Reformismus aufbaut und mit diesen Erkenntnissen (liberale) Identitätspolitik beleuchten. Danach werde ich die sozialistisch-materialistische Kritik aufgreifen und zeigen, wie liberale Politik selber als hegemoniales Projekt verstanden werden kann.

7.1.1 Ontologische Struktur rein reformistischer Politik

Auf der ontologischen Ebene beruht die neoliberale Gesellschaftsformation auf der Vorstellung eines Pluralismus, der als a priori der Gesellschaft, als Faktum, konstruiert wird – als „totaler Pluralismus“ (Mouffe 2015, S. 96). Die Herausforderung, vor der liberale Theorien deshalb stehen ist die Frage, wie eine Kooperation trotz des totalen Pluralismus zwischen Individuen stattfinden kann – wie also Gesellschaft entstehen kann. In einem liberalen Differenzsystem ohne einen Gemeinschaftsbezug scheint dies unmöglich zu sein (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 227). Die Theorien von Jürgen Habermas und John Rawls rekurrieren auf dieses Problem. Ihre Lösung besteht darin, einen rationalen Konsens zu behaupten, zu dem sich entweder

Der Versuch einer Strukturierung: Arten von Politik

vernünftige Individuen unter dem „Schleier der Unwissenheit“ (Rawls 2002, S. 271) oder im deliberativen Prozess entscheiden würden (vgl. Habermas 1997, S. 285). Dieser Konsens würde es erlauben, den Pluralismus beizubehalten und dennoch gesellschaftliche Entscheidungen zu ermöglichen.

Diese liberale Lösung kann jedoch als apolitisch und antipluralistisch entlarvt werden, denn sie zielt auf die „Eingrenzung eines Bereichs, der dem Wertpluralismus nicht unterworfen wäre und wo ein Konsens ohne Ausschluss hergestellt werden könnte“ (Mouffe 2015, S. 94). Die liberale Vorstellung von Gesellschaft gründet sich auf dem Gedanken, dass eine gesellschaftliche Harmonie hergestellt werden könnte, die frei von Macht sei, indem der Pluralismus im privaten durch eine Anerkennung eines höheren Wertes in der Öffentlichkeit möglich wird – der Bereich der Öffentlichkeit basiert dann auf der Vorstellung einer universellen Vernunft (vgl. ebd., S. 101ff). Dadurch wird implizit wieder eine Grenze zwischen privat, wo der Pluralismus existieren kann, und öffentlich, wo ein Konsens hergestellt werden kann, gezogen. Dieser öffentliche Bereich ist notwendig antipluralistisch, weil Differenzen hier prozedural eingeebnet werden müssen, um einen übergreifenden Konsens herzustellen. Der Liberalismus hat zum Ziel möglichst alle öffentlichen Bereiche von Macht zu befreien, sodass die Individuen die Möglichkeit haben, möglichst vernünftig und vorurteilsfrei zu entscheiden (vgl. ebd., S. 95).

Hegemonietheoretisch kann diese Vorstellung von Gesellschaft als reine Logik der Differenz verstanden werden: Subjektpositionen gelten als relationale Identitäten, die als reine Präsenz objektiv vorhanden seien - Politik wird als Feld konkurrierender Interessen konzipiert (vgl. Mouffe 2007, S. 42) und Gesellschaft als topografischer Raum, in dem alle irgendwann „authentisch“ vertreten sein können (vgl. Hark 1996, S. 54). Identitätspolitik bedeutet im Neoliberalismus dann nur noch die Angleichung von individuellen Freiheiten für alle Menschen, was tendenziell zu einer Vernachlässigung des „Horizont[s] des Gemeinsamen“ (van Dyk 2019, S. 29) führen kann. Hier erklärt sich auch, weshalb liberal-identitätspolitische Forderungen so oft in Begriffen der „richtigen“ Repräsentation vorgetragen werden: Die liberale Vorstellung von „richtiger“ Repräsentation bezeichnet die Offenbarung des „wahren“ Wesens einer bestimmten Identitätskategorie durch Sprache (vgl. Butler 2018b, S. 16). Die vordiskursive und private Wesenhaftigkeit des Menschen soll ungefiltert in den öffentlichen politischen Bereich übertragen werden. Menschen können dementsprechend „richtig“, d.h. in Übereinstimmung mit ihrem vordiskursiven Wesen und falsch, d.h. nicht in Übereinstimmung mit diesem repräsentiert werden. Die Aussage, dass bestimmte Identitäten unterdrückt werden, basiert in diesem liberalen Setting auf der Annahme, dass es etwas gibt, was nach der Überwindung von

Der Versuch einer Strukturierung: Arten von Politik

Unterdrückung in seinem „eigentlichen Sein“ erscheinen kann - nur die Ideologie würde das eigentliche Wesen verschleiern. Bei liberaler Identitätspolitik handelt es sich also im Endeffekt um den Versuch der Abschaffung jeglicher Repräsentations- und Machtverhältnisse, die entfremdend und verzerrend wirken (vgl. Hark 1996, S. 137ff). Identität wird hier nicht mehr als wehrhaftes und strategisches Konzept begriffen, sondern als reiner Selbstzweck (vgl. van Dyk 2019, S. 29), was den strategischen Essentialismus in einen reinen Essentialismus wendet.

Liberaler Identitätspolitik kann demnach als rein reformistisch gelten, denn sie zielt auf die möglichst breite Inklusion von vordiskursiv gedachten Individuen in die „institutionelle Praxis der Demokratie“ (Manow 2020, S. 49) ab und damit der liberalen Hegemonie. Der strategische Essentialismus erscheint hier als Identitätspolitik, die nicht die Kontingenz der eingesetzten Identität reflektiert, sondern sie vielmehr als vorhanden und zu befreiend konstruiert. Dabei wird nicht berücksichtigt, dass jede Inklusion und jeder Konsens notwendigerweise auf Akten der Ausschließung beruhen muss (vgl. Mouffe 2017, S. 19): Es kann aufgrund des immer präsenten Antagonismus keine vordiskursive Identität geben, die dann richtig repräsentiert werden kann. Die liberale Behauptung, dass Politik auch ohne Antagonismus funktioniert, wirkt damit zwangsläufig entpolitisierend, denn sie konstruiert die Gesellschaft als objektiv vorhanden und verhüllt damit ihre hegemoniale ursprüngliche Instituierung – Gesellschaft wird zum rein Sozialen (vgl. ebd., S. 26) und Politik wird auf ein „neutrales Management der öffentlichen Angelegenheiten“ (Mouffe 2018, S. 14) reduziert, was zu „Depolitisierung von Entscheidungsfragen“ durch „ihre Herausnahme aus dem Bereich der demokratischen Verfügung“, sowie zu stärkeren Verrechtlichung führt (vgl. Manow 2020, S. 54). Der Staat wird als neutrale Institution betrachtet, die für einen Ausgleich der Interessen der verschiedenen Gruppen und Individuen sorgen soll (vgl. Mouffe 2018, S. 59): „Ihr Ziel [der liberalen Politik] liegt im Kompromiss oder im rationalen Konsens, nicht in der Hinterfragung der vorherrschenden Hegemonie“ (Mouffe 2017, S. 136). Mouffe nennt eine solche Situation *postpolitisch* (ebd., S. 64).

7.1.2 Ontische Struktur rein reformistischer Identitätspolitik

Die ontologischen Defizite des reinen Reformismus beeinflussen die ontische Ausgestaltung von (Identitäts-)Politik. Hieran schließt die sozialistisch-materialistische Kritik an: Für Nancy Fraser ist der *progressive Neoliberalismus* durch den positiven Bezug von emanzipatorischen Bewegungen auf die liberalen Vorstellungen von Freiheit charakterisiert. Es würde sich eine Allianz aus den neuen sozialen Bewegungen und kommerziellen Sektoren ergeben (vgl. Fraser 2017, S. 72): Ein liberaler Feminismus, der nur die *gläserne Decke* durchbrechen wolle, passe

Der Versuch einer Strukturierung: Arten von Politik

optimal zum Ziel einer Liberalisierung der kapitalistischen Ökonomie. Emanzipation würde im progressiven Neoliberalismus nur noch die „Diversifizierung der kapitalistischen Hierarchie“ (Fraser 2017, S. 75f) bedeuten und letztendlich nur noch für gleiche Teilhabe am Markt kämpfen. Emanzipation werde dadurch meritokratisch umgedeutet, wodurch im Namen der individuellen Freiheit die Entgrenzung des Marktes und die zunehmende Kommodifizierung aller Lebensbereiche als „progressiv“ legitimiert wird (vgl. Thaa 2018). So gehe es der liberalen Identitätspolitik auch nicht mehr um ökonomische Umverteilung, sondern zunehmend um Fragen der Anerkennung von Identität und kultureller Differenz (vgl. Fraser 2009, S. 50), die in einer Forderung nach gleicher Autonomie mündet. Die materialistische Feministin Koschka Linkerhand sieht hier ebenfalls ein Bündnis mit dem Neoliberalismus, denn dieser würde das Subjekt auffordern, die eigene Identität durch permanente Selbstgestaltung hervorzubringen, um sie dann optimal ökonomisieren zu können. Wenn Identitätspolitik Identität nur affirmativ betrachtet, unabhängig von der Frage, wie selbst die am weitesten verästelte Identität immer noch ein Produkt gesellschaftlicher Verhältnisse ist, mache sie sich insgeheim zur Komplizin mit eben jenen Verhältnissen (vgl. Linkerhand 2017, S. 56f) - Ungleichheit wird hier als reine Diversität verklärt (vgl. Becker-Schmidt und Knapp 2018, S. 109). So wird beispielsweise durch die Betonung von Differenz und Individualität innerhalb des feministischen Subjekts der „Frau“ der Fokus von der „Bedeutung der gesellschaftlich-politischen Konfliktlinie des Geschlechterverhältnisses“ (Klinger nach ebd., S. 124) genommen und so die materialistische Perspektive auf Geschlecht vernachlässigt.

Dieser Kritik kann in Teilen zugestimmt werden, denn eine liberale Identitätspolitik ignoriert die positive Bezugnahme auf eine kollektive Identität, die als Grundlage einer Gegenhegemonie auftreten kann, sowie die Machtverhältnisse, die jeder Identität zugrunde liegen. Liberale Identitätspolitik kann ihre Forderungen nur in ethischem Vokabular vorbringen, da sie auf der Annahme beruht, dass die Gesellschaft nur in die Lage versetzt werden müsse, die Differenz des Anderen ethisch zu akzeptieren, um so Gewalt und Ausschluss zu verhindern (vgl. Mouffe 2015, S. 129f). Liberale Identitätspolitik und der reine Reformismus können als entpolitisiert verstanden werden, denn Gesellschaft wird als Aggregation von vordiskursiven und damit essentialistischen pluralistischen Identitäten verstanden, die mit negativen Freiheitsrechten ausgestattet sind – analog zum *methodologischen Individualismus* (Mouffe 2017, S. 18) - die sie aufgrund von Machtverhältnissen – wie z.B. dem Patriarchat – derzeit (noch) nicht „haben“. Vor dem Hintergrund dieses liberalen Gesellschaftsbildes wird Intersektionalität zu einem Prinzip, das das Soziale als

Der Versuch einer Strukturierung: Arten von Politik

aufgeteilt in verschiedene gesellschaftliche Bereiche konzipiert. Demnach entspricht beispielsweise *class* dem Bereich der Ökonomie und Gender dem Bereich des Patriarchats. Diskriminierung wird dadurch „mikrologisch“ betrachtet (vgl. Schneider 2013, S. 386), was zu einer Gesellschaftstheorie führt, die den (kapitalistischen) Zusammenhang von Unterdrückungslinien vernachlässigt und die Grundlage der liberalen Überzeugung liefert, diese einzelnen Orte der Unterdrückung lediglich mit besserem Management verändern zu können.¹⁹ Im reinen Reformismus dient „das Individuum [als] letzter Bezugspunkt“ (Mouffe 2017, S. 18), wodurch der „Besitzindividualismus“ (Laclau und Mouffe 2015, S. 213) begründet und legitimiert wird. Die hegemoniale Konstruktion dieses Individuums wird hierbei vernachlässigt: Jede Politik, die sich auf dieses vordiskursive Individuum beruft, beruft sich dadurch auf etwas „jenseits des Machtspiels“ (Butler 1995b, S. 36) und verwischt damit die eigene Macht, die dieses Individuum erst hegemonial hervorbrachte. Dadurch kann der neoliberale Diskurs der Identitätspolitik sein eigenes Politisch-Sein negieren und als rein Soziales auftreten.

Der reine Reformismus und die liberale Identitätspolitik können dementsprechend als hegemoniale Projekte gesehen werden, die wiederum unter- und übergeordnete Subjektpositionen hervorbringen, was auch die sozialistisch-materialistische Kritik aufnimmt: So „ist das Bekenntnis zu einem kulturellen, differenzbejahenden Liberalismus und seinen Werten [...] längst zu einer der wichtigsten Markierungen für die Zugehörigkeit zur neuen, durch Bildung geprägten Mittelschicht [...] geworden“ (Thaa 2018). Über spezifische Codes wie *political correctness* oder die Ablehnung kollektiver Identitäten werde wiederum eine Identität geschaffen, die sich um Signifikanten wie „offene Gesellschaft“ oder „Individualismus“ konstituieren könne. Der hegemoniale Charakter dieser „postmodernen“ Identitäten werde gefestigt, indem sie sich von vermeintlich „ich-starken Menschen“ (ebd.), die eine Vergewisserung in objektiven Werten wie Heimat oder Tradition benötigen, differentiell abgrenzen. Es wird behauptet, dass diese „kommunitaristischen Wähler*innen“ von rechten Parteien lediglich nicht mit den Leistungsanforderungen der modernen Welt Schritt halten können - ihr individueller Charaktertyp sei unzureichend. Sie würden sich deshalb in kollektive Identitäten flüchten (vgl. ebd.).

¹⁹ So hat z.B. Stefanie Wöhl gezeigt, dass hinter Gender-Mainstreaming die Annahme der wesentlichen Differenz zwischen den Geschlechtern steckt, die innerhalb der neoliberalen Artikulation der Freiheit dann einfach nur materiell und symbolisch angeglichen werden müssen (vgl. Wöhl 2007). Die Geschlechtergleichheit wird im Sinne des gleichen Zugangs zum Markt und zur Arbeit dann lediglich als unternehmerische Ressource aktiviert, ohne die Geschlechterdifferenz kritisch zu hinterfragen: „Gender Mainstreaming [wird] zum Gegenstand neoliberaler Modernisierungspolitik“ (Wöhl 2007, S. 151).

Der Versuch einer Strukturierung: Arten von Politik

Bezogen auf eine rein reformistische Identitätspolitik ist dieser Kritik zuzustimmen, denn die liberale Gesellschaftsordnung kann sich durch den Bezug auf vordiskursive Subjekte/Identitäten als universell und natürlich setzen und dadurch die sozialen und ökonomischen Gründe für die Positionierung der Subjekte verschleiern - die Frage, weshalb sich ein Subjekt überhaupt als kosmopolitisches Individuum begreifen kann, wird nicht mehr gestellt und verschwindet hinter ethischen und moralischen Erklärungen: Die „Offenheit der Gesellschaft“ wird so zu einem „Privileg für Gewinner“ (Stegemann 2017, S. 90).

Aber nicht nur innerhalb einer Nation tritt der (neo-)liberale Diskurs als organisierendes Differenzsystem auf: Durch seine Artikulation mit den Signifikanten der Vernunft oder Rationalität, die innerhalb der (neo-)liberalen Hegemonie als universelle Prinzipien auftauchen, können auch imperiale und kriegerische Interventionen im Ausland gerechtfertigt werden. So werden die Menschenrechte innerhalb des liberalen Diskurses mit einem essentialistischen Diskurs über die vernünftige Natur des Menschen artikuliert (vgl. Rüdiger 2017, S. 91) und treten so als universelle und nicht verhandelbare Prinzipien auf, hinter denen jedoch immer nur partikulare Interessen stehen, die hegemonial geworden sind (vgl. Mouffe 2015, S. 22). Die hegemonialen liberalen Menschenrechte erlauben es, bestimmte Regime, die die Menschenrechte „verletzen“, als „Feinde der Freiheit“ (Mouffe 2017, S. 101) darzustellen und dadurch den militärischen Kampf gegen diese als „gerechten Krieg“ zu legitimieren (vgl. ebd., S. 102ff).²⁰

Obwohl der Liberalismus auf Inklusion, Interessenausgleich und rationalen Dialog setzt, zeigt sich, dass es für ihn notwendig ist, Grenzlinien zu ziehen: Erstens führt die deliberative Demokratie eine Grenzziehung zwischen privat und öffentlich ein, in der der Pluralismus ins Private verbannt wird. Zweitens benötigt die liberale Identitätspolitik eine Grenzziehung zwischen „guten Kosmopoliten“ und „abgehängten Kommunitaristen“ (vgl. Thaa 2018) oder guten und schlechten Demokraten (vgl. Mouffe 2017, S. 96). Drittens grenzt sich der liberale Universalismus von „Unrechtsstaaten“ ab und begründet dadurch die moralische Überlegenheit des westlichen Demokratiemodells. Die Einsicht, dass die liberale Gesellschaft nicht als Positivität existieren kann, gilt also auch hier. Die Fixierung der liberalen Gesellschaft

²⁰ So zeigt beispielsweise das Phänomen des „Embedded Feminism“ auf, wie durch die Artikulation von Menschenrechten mit Frauenrechten militärische Intervention über „Identitätspolitisches“ Vokabular abgesichert wird: „[Es wird] ein expliziter Zusammenhang zwischen Leid und Unterdrückung der Frau und der Notwendigkeit eines Krieges zu Gunsten der Frauen bzw. zur Implementierung [...] von Frauenrechten hergestellt“ (Nachtigall 2011). Die Gegenüberstellung von guten und bösen Staaten kann als antagonistische Grenzziehung verstanden werden, die es erlaubt, die eigene Nation durch den negativen Bezug auf die „frauenfeindliche“ verfeindete Nation äquivalent zu setzen und sich somit als Beschützer von Frauenrechten zu inszenieren, die im eigenen Land schon gelten würden. Sie erlaubt dadurch die Ausbeutung dieser moralisch markierten Bevölkerungsgruppe.

Der Versuch einer Strukturierung: Arten von Politik

als ein Differenzsystem ist auf ein konstitutives Außen angewiesen, über das sich die einzelnen Elemente des liberalen Differenzsystems äquivalent setzen können. Die totale Schließung des Diskurses muss scheitern und kann nur temporär durch die konstitutive Abgrenzung von „Rechtsextremist*innen“, „abgehängten Kommunitarist*innen“ oder „Unrechtsstaaten“ funktionieren. Durch diese Fixierungen werden innerhalb des liberalen Diskurses untergeordnete Subjekte hervorgebracht, was im starken Kontrast zum eigentlich Ziel liberaler Identitätspolitik steht.

In diesem Unterkapitel habe ich gezeigt, dass die sozialistisch-materialistische Kritik der liberalen Identitätspolitik vorwirft, strukturelle Machtverhältnisse zu vernachlässigen und dadurch die (weltweite) Hegemonie des Neoliberalismus zu unterstützen. Ich habe gezeigt, dass die Kritik an Identitätspolitik als entpolitisierend und neoliberal dann gerechtfertigt ist, wenn Identitätspolitik nur als Forderung nach Autonomie verstanden wird, was in einer Fixierung eines Differenzsystems mit all ihren unsichtbaren Ausschlüssen mündet und keinen Vorschlag für eine grundsätzlich anders geordnete Gesellschaft liefert – wenn Identitätspolitik also rein reformistisch wirkt. Der reine Reformismus ist daher ungeeignet für das Projekt einer radikaldemokratischen Hegemonie. Im nächsten Unterkapitel wird deshalb untersucht, ob es einer revolutionäre Politik, die der sozial-materialistischen Perspektive mehr Gewicht gibt, gelingt, die neoliberale Hegemonie durch die Formulierung eines eigenen hegemonialen Projekts, herauszufordern.

7.2 Revolutionäre Politik

Mouffe definiert revolutionäre Politik als Politik, die „den totalen Bruch mit der bestehenden soziopolitischen Ordnung [anstrebt]“ (2018, S. 58), was auch die Institutionen der liberalen Demokratie einschließt. Im Folgenden werden die ontologischen Prämissen untersucht, auf denen eine solche Politik beruht, um zu untersuchen, inwiefern sich eine revolutionäre Politik besser dazu eignet, das Projekt einer radikalen Demokratie zu verwirklichen.

7.2.1 Ontologische Struktur revolutionärer Politik

Die Lösung für den zunehmenden Atomismus der Identitätspolitik sehen die sozialistisch-materialistischen Kritiker*innen in der Wiedereinführung eines kollektives Subjektes, das sich über die gemeinsame Erfahrung der Ausbeutung äquivalent setzt: „Der blinde Fleck der Identitätspolitik ist ihr fehlendes Klassenbewusstsein“ (Stegemann 2017, S. 89). Die sozialistisch-materialistische Kritik führt damit wieder eine Klassenperspektive ein, die in ihrer Totalität das politische Subjekt der Klasse aufgrund der spezifischen Positionierung im Produktionsprozess als objektiv gegeben betrachtet.

Der Versuch einer Strukturierung: Arten von Politik

Die Identität der Klasse basiert auf der Annahme eines natürlichen antagonistischen Verhältnisses zwischen Proletariat/Multitude und der Bourgeoisie/Empire, das sich in eine bestimmte geschichtliche Richtung deterministisch entwickelt und den Antagonismus in einem revolutionären Akt überwinden wird. Die Revolution soll dann einen machtvollen Punkt hervorbringen, „von dem aus die Gesellschaft ‚rational‘ reorganisiert werden könnte“ (Laclau und Mouffe 2015, S. 216). Gemäß der Vorstellung des Hauptwiderspruchs können durch die Revolution alle Formen von Ungleichheit abgeschafft werden. Diese postrevolutionäre Gesellschaft könne dann als klassenlose Gesellschaft oder als „absolute Demokratie“ auftreten, die befriedet und von Unterdrückungs- und Machtverhältnissen befreit sei (vgl. Mouffe 2014, S. 131). In solch einer Gesellschaft gäbe es demnach auch keine Form von (politischen) Identitäten, da diese als Unterform der Klassenidentität begriffen wurden: „Die Selbstabschaffung der Identität ist der Schlüssel, um zu verstehen, dass revolutionäre Politik bei der Identität beginnt, aber nicht mit ihr endet“ (Hardt und Negri nach Susemichel und Kastner 2018, S. 53)

Es wird ersichtlich, dass die revolutionäre Politik auf der ontologischen Ebene genau wie ihr „Gegenspieler“ der reine Reformismus, ein bestimmtes vordiskursives Subjekt privilegiert. Im reinen Reformismus ist es das Individuum, in der revolutionären Politik das Klassensubjekt - oder in neueren Ansätzen die „Multitude“ (vgl. Brieler 2010, S. 231). Dies führt zu den gleichen entpolitisierenden Tendenzen: Die totale Forderung nach Gleichheit, wie sie im Sozialismus anklingt, kann als die einseitige Durchsetzung der Logik der Äquivalenz gesehen werden, die die post-revolutionäre Gesellschaft zu einer radikalen, aber nicht pluralen Demokratie macht – die Autonomie der politischen Subjekte wird durch die völlige Negierung von Differenz verunmöglicht (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 223) und die Möglichkeit differenter Identität verschwindet vollständig, was schon in der prä-revolutionären Gesellschaft durch die Rede vom Hauptwiderspruch impliziert wird. Die revolutionäre Politik leugnet ebenfalls die konstitutive Funktion des Antagonismus.²¹

²¹ Mit Claude Lefort kann hier beobachtet werden, dass der liberale sowie der sozialistische Diskurs über Identitätspolitik beanspruchen, den „leeren Ort der Macht“ zu füllen: Beide Diskurse versuchen mit Rückgriff auf eine vordiskursive Entität die Möglichkeit eines von Konflikten befreiten „Einheits-Volkes“ (Oppelt 2019, S. 351) denkbar zu machen. Die durch die demokratische Revolution entstandene Kontingenz soll zugunsten eines Punktes ersetzt werden, „von dem aus Gesellschaft vollkommen gemeistert und gewusst werden kann“ (Laclau und Mouffe 2015, S. 227).

7.2.2 Ontische Struktur revolutionärer Politik

Auf ontischer „politischer“ Ebene erscheint die revolutionäre Politik deshalb auch nicht als hegemoniale Politik. Mouffe zeigt mit Bezug auf Michael Hardt und Antonio Negris Konzept des Empires, dass der revolutionären Politik die „Strategie des Rückzugs aus Institutionen“ (2014, S. 107) zugrunde liegt. Soziale Bewegungen sollten es diesem Ansatz zufolge vermeiden, mit staatlichen Institutionen zusammenzuarbeiten, weil sie den Staat durch ihre Adressierung nur reproduzieren und verfestigen würden. Sie sollten mit den politischen Institutionen der liberalen Demokratie brechen, um eine anarchistische Gegenmacht aufzubauen, die die Selbstorganisation der Multitude fördern sollte (vgl. Mouffe 2014, S. 114). Der Staat wird als monolithischer Herrschaftsapparat betrachtet, der „ausgetrocknet“ werden muss, um eine Gesellschaft jenseits von Staat, Macht und Souveränität zu errichten (vgl. ebd., S. 123f). Die Trennung zwischen radikaler Demokratie und Staat bleibt jedoch hinter der hegemonietheoretischen Erkenntnis zurück, dass auch staatliche Institutionen diskursiv konstruiert sind und deshalb hegemonial verändert werden können (vgl. Westphal 2017, S. 115f). Revolutionäre Politik übersieht, dass der Staat auch für linke emanzipatorische Ziele eingesetzt werden kann, wie es die zunehmende antisexistische Gesetzgebung zeigt, die als Errungenschaften des feministischen Kampfes gelten können (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 218) oder die Errichtung linker Regierungen in Südamerika, die erst durch den zivilgesellschaftlichen Kampf möglich wurden (vgl. Mezzadra und Neumann 2017, S. 38ff). Eine ähnliche Ablehnung erfährt die (Volks-)Souveränität, die aufgrund ihrer inhärenten Bindung an die Nationalstaaten zugunsten eines geeinten globalen Gemeinwesens aufgegeben wird (vgl. Mouffe 2017, S. 143). Durch den Nicht-Bezug auf irgendeine Form von souveräner Identität verliert die revolutionäre Politik ihr hegemoniales Subjekt.

Durch die radikale Ablehnung der institutionellen Ordnung und der Idee der Souveränität sowie der damit verbundenen Identität, kann die revolutionäre Politik nur negativ-subversive Forderungen stellen – es geht ihr nicht um eine positive Rekonstruktion spezifischer Bereiche der Gesellschaft, sondern um deren Negation. Ohne die Perspektive von sozialer Positivität und ohne die Artikulation einer bestimmten Subjektivität kann sie aber nicht als hegemoniales Projekt auftreten, sondern nimmt eine rein oppositionelle Rolle an (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 228). Sie tritt nur als Korrektiv der hegemonialen Ordnung auf und befindet sich gerade dadurch im Innern jener Ordnung, obwohl sie sich selbst als das radikal

Der Versuch einer Strukturierung: Arten von Politik

Äußere begreift.²² An dieser Stelle kann erneut eine Konvergenz der revolutionären Politik und des reinen Reformismus beobachtet werden: Beide Ansätze fordern, dass sich der Staat, die Souveränität und letztendlich die Macht entweder in deliberativen Prozessen oder in der Selbstverwaltung der Klasse/Multitude auflöst. Beide Forderungen gehen daher auf die Leugnung der antagonistischen Dimension und dadurch des hegemonialen Charakters jeder Politik und Identität zurück, was „jegliche subversiven Aktionen in ein Korrektiv autoritärer Tendenzen [umwandelt] und so gesehen als Sanierungsmaßnahmen der liberalen Demokratie funktioniert“ (Rüdiger 2017, S. 89). Es kann argumentiert werden, dass die revolutionäre Politik durch ihre Leugnung der Hegemonie und ihrem Beharren auf einer totalen Äquivalenz ebenfalls reformistisch ist, weil sie sich als Gegenüber der Macht begreift und dadurch nur als Korrektiv auftritt. Dadurch stabilisiert sie im Zweifel die postpolitische Hegemonie des Neoliberalismus und verhindert die Errichtung einer radikalen und pluralen Demokratie.

Zusammenfassend zeigt sich, dass in der Debatte „Identitätspolitik vs. Klassenpolitik“ beide Seiten in ihrer Totalität die Idee einer gleichen, freien und „emanzipierten“ Gesellschaft durch notwendige konstitutive Ausschlüsse unterlaufen und damit zwar als hegemoniale Projekte auftreten, sich aber nicht für die Errichtung einer radikalen Demokratie eignen. Mit diesen Erkenntnissen wird im letzten Unterkapitel der radikale Reformismus untersucht, der die konstitutive Spannung zwischen Äquivalenz und Differenz anerkennt und sie ins Zentrum des Politischen sowie der Politik stellt.

7.3 Radikal reformistische Politik

Mouffe definiert den radikalen Reformismus als Politik, die „das Prinzip der Legitimität [der liberal-demokratischen Institutionen] akzeptiert, aber eine andere hegemoniale Formation zu errichten versucht“ (Mouffe 2018, S. 58). Mit anderen Worten muss eine radikal reformistische Politik die Logik der Differenz und der Äquivalenz zusammendenken, um eine radikaldemokratische Hegemonie zu errichten, gleichzeitig jedoch die liberale Pluralität beizubehalten. Die Herausforderung, vor der eine radikal reformistische hierbei steht, ist, dass die verschiedenen sozialen Akteure nicht einfach für ein radikaldemokratisches Projekt „gleichgesetzt“ werden können, da sonst ihre Differenzen verschwinden: Identitätspolitische Kämpfe machen ja gerade auf die intersektionalen Differenzen aufmerksam, die auch ein „linkes“ Subjekt durchziehen. Gleichzeitig muss jedoch ein Äquivalenzverhältnis zwischen den verschiedenen sozialen Akteur*innen artikuliert werden: Eine gegenhegemoniale

²² Dies hat auch schon Foucault bemerkt, der festhielt, dass jeder Widerstand den Spielregeln des Machtfeldes unterworfen ist, in der er sich bewegt und gerade kein „Ausstieg“ aus der Macht möglich ist (vgl. Sarasin 2016, S. 159).

Der Versuch einer Strukturierung: Arten von Politik

Artikulation bedeutet die „Konstruktion eines neuen ‚common sense‘, der die Identität der verschiedenen Gruppen [die um Demokratie kämpfen] so verändert, dass die Forderungen jeder einzelnen Gruppe mit jenen der anderen äquivalent artikuliert werden [können]“ (Laclau und Mouffe 2015, S. 222) – ein hegemoniales Projekt braucht einen positiven Gesellschaftsentwurf. Der Kern einer radikal reformistischen Politik ist somit die Anerkennung der Spannung zwischen der Logik der Äquivalenz und der Differenz als konstitutiv für die radikaldemokratische Hegemonie: „Die differentielle Logik entfaltet ihre Wirkung, indem Identitäten einen möglichst großen Selbstbestimmungsraum erhalten und die äquivalentielle Logik stellt eine Gemeinsamkeit zwischen den Identitäten her“ (Stäheli 2009, S. 274). Diese Spannung wird im Folgenden näher beleuchtet.

7.3.1 Ontologische Struktur radikal-reformistischer Politik

Um sich der ontologischen Struktur einer radikal-reformistischen (Identitäts-)Politik anzunähern, lohnt sich ein Vergleich mit den von Hall konzipierten zwei Graden von Identitätspolitik, die Linda Supik vorgeschlagen hat, Identitätspolitik 1 und 2 zu nennen (vgl. Supik 2005, S. 14). Ich werde zeigen, dass beide Grade für eine radikal-reformistische Politik miteinander verbunden werden müssen.

Nach Hall ist das Ziel von Identitätspolitik 1 der Eintritt marginalisierter und fremdpositionierter Subjekte in die Repräsentationsverhältnisse mit der Möglichkeit, selbstständig den Inhalt ihrer Repräsentation zu bestimmen. Es geht um die Transformation einer passiven Identifizierung in eine, die aktiv und selbstermächtigend stattfindet (vgl. ebd., S. 82f). Wie ich in Kapitel 4.1 gezeigt habe, funktioniert dieser Schritt durch den Verweis auf die Differenz einer bestimmten Gruppe zum Universalismus und durch Bezug auf den demokratischen Gegendiskurs der Gleichheit. Durch die Konstruktion einer neuen Äquivalenzkette um leere Signifikanten wie „Schwarz-Sein“ und der resultierenden Vereinheitlichung gelingt es diesen Akteur*innen, ein politisches Subjekt hervorzubringen (vgl. ebd., S. 79). Diese Strategie, die auf der Logik der Differenz basiert, verhindert die marginalisierende Homogenität eines politischen Subjektes, wie dies beispielsweise bei den frühen feministischen Bewegungen der Fall war, die die Rassifizierung von Schwarzen Frauen nicht beachteten. Durch die Bezugnahme auf die Differenz innerhalb der feministischen Bewegung wurde das politische Subjekt „Frau“ verändert und so ein antisexistischer *und* antirassistischer Kampf miteinander artikuliert. Dies impliziert eine Wesensveränderung der feministischen Kämpfe selber – die „feministische“ Identität hat sich durch die innere Bezugnahme auf Differenz verändert. Das Beharren auf Differenz der Identitätspolitik 1 gewährleistet somit die Pluralität der politischen Kämpfe und das Offenhalten ihrer inneren Dynamiken.

Der Versuch einer Strukturierung: Arten von Politik

Hall war sich jedoch auch bewusst, dass die einseitige Bezugnahme auf die Differenz Essentialismen produzieren kann (vgl. Hall 2017, S. 220f). So ist es zwar eine mächtige politische Strategie der Identitätspolitik 1 auf die Natürlichkeit einer bestimmten Identität zu beharren, diese Strategie läuft aber auch Gefahr, Identität nicht mehr als Strategie, sondern als Selbstzweck zu sehen, wie dies etwa in der Annahme einer „wahren“ Schwarzen ethnischen Identität der Fall ist. In Kapitel 7.1 habe ich gezeigt, dass diese Vorstellung entpolitisierend wirkt, denn sie reduziert Politik letztendlich auf ein reines Management der unterschiedlichen „essentiellen“ und „vordiskursiven“ Interessen. Die Konstruktion dieser neuen Identität ist selbst ein machtvoller Akt, der Ausschlüsse und Unterordnungsverhältnisse hervorbringt. So bemerkt auch Hall, dass durch die Konstruktion einer klaren Front gegenüber den weißen Gegnern implizit auch der rassistische Antagonismus wiederholt wird (vgl. Supik 2005, S. 82). Identitätspolitik 1 bleibt mit ihrer einseitigen Bezugnahme auf Differenz so innerhalb der hegemonialen Ordnung und fungiert nur als Korrektiv – sie ist nicht in der Lage, eine Gegenhegemonie aufzubauen.

Um eine gegenhegemoniale Strategie aufzubauen, ist es deshalb notwendig, den „Horizont des Gemeinsamen“ nicht zu vernachlässigen: Eine hegemoniale Strategie benötigt die Konstruktion einer Äquivalenzkette, deren Glieder die differenten identitätspolitischen Bewegungen sind und die gemeinsam ein politisches Subjekt bilden. Hall betont mit dem Konzept der Identitätspolitik 2, dass (kollektive) Identität immer kontingent und plural sei. Es gebe keine Identitäten, die sich einfach nur durch die Differenzlinie Schwarz/weiß bilden würde. Vielmehr sei Identität immer ein kollektiver Aushandlungs- und Übersetzungsprozess von Individuen, die plural und hybrid positioniert sind (vgl. Hall 2017, S. 219). Eine solche poststrukturalistisch informierte Identitätspolitik eröffnet gerade über die pluralistische Differenz der jeweiligen Identitäten die Möglichkeit, Einheit zu konstituieren: Das Wissen um Differenz erlaubt es, die Essentialismen der Identitätspolitik 1 zu überwinden und eine *andere* (kollektive) Subjektivität zu erschaffen, die nicht nur die gegebenen Antagonismen umdreht, wie dies bei der Identitätspolitik 1 der Fall war. Vielmehr wird es beispielsweise möglich, die Geschichte einer Nation in ihrer Pluralität neu zu erzählen, was zum einen die hegemoniale Geschichtsschreibung stört, sie zum anderen aber auch nicht einfach zu einer Erzählung von „ethnischen“ Erfahrungen umdreht, die „ausgegraben“ werden müssten (vgl. Supik 2005, S. 95). Es handelt sich um eine *immanente* Kritik, um eine *Neuerzählung* der Geschichte. Der vorhandene Diskurs wird hegemonial reartikuliert und kann zur Veränderung des *common sense* führen, indem leere Signifikanten wie Nation, Demokratie oder Menschenrechte inklusiver umgedeutet werden – der Diskurs kann hegemonial

Der Versuch einer Strukturierung: Arten von Politik

beeinflusst werden.²³ Das Bewusstsein um Kontingenz von Identität und die Aufrechterhaltung des Konflikts wird damit zu einer konstitutiven Eigenschaft radikal reformistischer Politik, denn gerade über die Betonung der Pluralität und Offenheit von Identitäten wird deren hegemoniale Veränderung und Artikulation zu einer demokratischen Äquivalenzkette möglich (vgl. Wöhl 2007, S. 142). Durch das Bewusstsein von Kontingenz wird es möglich, nicht bloß „gegebene“ demokratische Kämpfe als Allianz aneinanderzureihen, sondern gerade über die Offenheit und Kontingenz ihrer Identität diese so zu modifizieren, dass sich die einzelnen Kämpfe nicht gegeneinander ausspielen (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 222).

Man kann also argumentieren, dass die Möglichkeit einer hegemonialen Äquivalenz auf der Festigung der Logik der Differenz innerhalb der sozialen Bewegungen aufbaut, die dafür sorgt, dass jeder Vorschlag einer gemeinsamen hegemonialen Strategie auch wieder kritisiert und dekonstruiert werden kann – die neuen Identitäten und Regime des Wissens müssen durch die „kritische Arbeit an den eigenen Grenzen“ (Hark 1996, S. 48) offen gehalten werden. Das Bewusstsein um Kontingenz von Identität und die Aufrechterhaltung des Konflikts wird damit zu einer konstitutiven Eigenschaft radikal reformistischer Politik. Die fortwährende Dynamik der Identität von sozialen Bewegungen erlaubt es, deren Identität durch Artikulation um einen gemeinsamen leeren Signifikanten hegemonial zu verändern.

Nach Mouffe sollte der leere Signifikant, um den sich emanzipatorische Bewegungen organisieren, „Demokratie“ heißen (vgl. Mouffe 2018, S. 64). Die so konstruierte „demokratische Äquivalenz“ (Laclau und Mouffe 2015, S. 222) bringt eine antagonistische Grenzziehung zu postdemokratisch-neoliberalen und rechten Politiken hervor, was es erlaubt, die differenten emanzipatorischen Kämpfe gerade im Hinblick auf diese antagonistischen Gegenspieler*innen zu vereinen. Dadurch sind demokratische Kämpfe in dieser spezifischen Artikulation auch immer antikapitalistisch (vgl. Mouffe 2018, S. 62). Aber eben *nicht nur* antikapitalistisch: Mit Bezug auf Freiheit und Gleichheit des demokratischen Diskurses kann tendenziell jedes Unterordnungsverhältnis infrage gestellt werden, was nicht nur die ökonomische Unterordnung, sondern auch andere Differenzlinien beinhaltet. In der demokratischen Äquivalenz verbinden sich so die sozialistisch-materialistische Kritik und die Kritik der Befürworter*innen von Identitätspolitik: Durch den gemeinsamen Bezug auf den gegenhegemonialen Diskurs der Demokratie kann ein „linkes“ Subjekt

²³ Martin Nonhoff und Cristian Leonhardt argumentieren beispielsweise, dass es Occupy Wallstreet geschafft hat, das diskursive Terrain in den USA so weit zu verschieben, dass auch noch im Wahlkampf fünf Jahre später auf die Themen Einkommensungleichheit und alternative Demokratievorstellungen eingegangen wurde (vgl. Leonhardt und Nonhoff 2019, S. 22).

Der Versuch einer Strukturierung: Arten von Politik

konstituiert werden, das gesellschaftliche Unterordnungsverhältnisse infrage stellt, dies aber nicht auf Basis individualistischer und liberaler Rechte tut, sondern in Bezug auf das gemeinschaftliche Projekt einer radikalen und pluralen Demokratie. Gleichzeitig können durch den gemeinsamen Bezug auf die plurale Differenz des demokratischen Diskurses jedoch auch Unterordnungsverhältnisse innerhalb der äquivalenten sozialen Bewegungen herausgefordert werden.

Zusammengefasst ist für die ontologische Struktur einer radikal reformistischen Politik wesentlich, dass durch die Verknüpfung der Logik der Differenz und der Äquivalenz eine ständige Politisierung von Identität möglich ist, sowie der Frage, was als *common good* (Mouffe 1997, S. 85) gelten soll, wofür also gekämpft wird. Der antagonistische Konflikt wird dadurch nicht ausgeklammert, sondern ins Zentrum der sozialen Bewegungen gestellt.

7.3.2 Ontische Struktur radikal-reformistischer Bewegungen

Diese Überlegungen zur ontologischen Strukturierung eines linken radikaldemokratischen Projekts geben Aufschlüsse über seine ontische politische Ausgestaltung. Eine radikal reformistische Politik muss die ontologische Spannung zwischen reinem Reformismus und revolutionärer Politik integrieren. Sie muss sich demnach zwischen vollkommener Integration in staatliche Institutionen und ihrer radikalen Ablehnung bewegen – sie muss die liberalen Institutionen akzeptieren, aber eine andere hegemoniale Formation errichten. Mouffe selbst macht zur konkreten Ausgestaltung wenige Vorschläge. Die beiden Politikwissenschaftler Martin Nonhoff und Christian Leonhardt kritisieren an den wenigen Vorschlägen, dass Mouffe nicht kohärent argumentiert: Sie würde mit ihrer starken Bezugnahme auf gegenhegemoniale Praktiken, die innerhalb der politischen Institutionen funktionieren sollen, Widerstände ignorieren, die nicht direkt die Staatsgewalt verändern wollen und eher auf präfigurative Änderungen setzen. Sie bezeichnen solche Praxen als nicht-integrativ, die allerdings von Mouffe in jeglicher Form als *Exodus-Strategie* abgelehnt würden²⁴ (vgl. Leonhardt und Nonhoff 2019, S. 16).

Dieser Kritik lässt sich anhand der bisherigen Erkenntnisse zustimmen. Ich habe gezeigt, dass es bei einer radikal-reformistischen Strategie auf die innere Institutionalisierung der Dialektik zwischen Äquivalenz und Differenz ankommt, die

²⁴ Interessant ist, dass Nonhoff und Leonhardt zeigen, dass Widerstände nicht entweder rein gegenhegemonial oder rein nicht-integrativ/präfigurativ sind. Vielmehr ist immer eine Mischung vorhanden. So ist beispielsweise die Occupy-Wall-Street-Bewegung präfigurativ und nicht-integrativ, weil sie sich eigene und neue Institutionen wie das *general Assembly* gibt. Andererseits hat sie auch gegenhegemoniale, integrativ-reformistische Züge, denn sie veränderte den Diskurs über soziale Gerechtigkeit, was existierende Institutionen zum Umdenken zwang (vgl. Leonhardt und Nonhoff 2019, S. 22).

Der Versuch einer Strukturierung: Arten von Politik

als die Voraussetzung für die demokratische Äquivalenz zwischen den Bewegungen gelten kann. Eine zwingende Institutionalisierung als Partei oder ähnlichem kann man hieraus nicht ableiten. Auch Mouffe und Laclau betonten noch in Hegemonie und radikale Demokratie, dass ein neues linkes Projekt die demokratischen Kämpfe auf die Zivilgesellschaft *und* den Staat ausweiten sollten (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 215). Hieraus ist abzuleiten, dass eine radikal reformistische Politik den präfigurativen und integrativen Widerstand zusammendenken muss. Dies erlaubt es, lokale und individuell erfahrene Marginalisierung mit dem hegemonialen Signifikanten zu verknüpfen, um so zum einen die Pluralität der spezifischen Bewegung zu bewahren, zum anderen aber auch die Konstruktion einer hegemonialen Äquivalenzkette möglich zu machen. Diese wird durch lokale Erfahrungen aber immer wieder destabilisiert.

Anja Rüdiger argumentiert, dass sich gerade aus diesem andauernden Spiel zwischen Stabilisierung kollektiver Identität und ihrer Destabilisierung eine Ethik ableiten würde, die emanzipatorische Projekte leiten könnte: Weil jede Identität die unauslöschliche Spur eines Anderen in sich enthält, ist das relational konstituierte Subjekt immer eines, das auf dieses Andere antwortet und von ihm abhängig ist. Die Anerkennung dieser Spannung führe zu einem Bewusstsein der Kontingenz, das den relationalen Charakter jeder Identität anerkennt und damit die Abhängigkeit von dem Anderen affirmiere. Für Rüdiger leitet sich daraus eine rezeptive Verantwortung gegenüber dem konstitutiv Ausgeschlossenen ab (vgl. Rüdiger 2017, S. 98). Dieser Vorschlag ist nahe an dem Vorschlag von Critchley, der die Hegemonietheorie mit der levinasschen Ethik verknüpfen will, woraus sich eine Verpflichtung gegenüber dem Anderen ableiten lässt (vgl. Nonhoff 2010, S. 53). Butler argumentiert ebenfalls in diese Richtung. Butler stellt der ontologischen Relationalität des menschlichen Lebens die ontische und körperliche Gefährdung jedes Lebens an die Seite: Jeder Mensch als soziales Lebewesen ist für ein lebenswertes Leben auf menschliche, technische und institutionelle Unterstützung angewiesen – Leben ist nicht individuell zu begreifen, sondern als bedingter Prozess (vgl. Butler 2010, S. 29). Die Unterstützung kann jedoch unterschiedlich verteilt sein, weshalb Butler von einer differentiellen Verteilung von Prekarität spricht (vgl. Butler 2018a, S. 48). Für Butler kann die Prekarität als identitätsüberschreitendes Merkmal für menschliches Leben gelten, was es erlauben würde, Allianzen gegen den prekarisierenden Neoliberalismus zu schmieden (vgl. ebd.). Diese Allianzen seien aufgrund der Relationalität ethisch dazu verpflichtet, für lebenswerte Bedingungen einzutreten und die Prekarität zu minimieren (vgl. ebd., S. 160f) – es gehe um die „Förderung einer nachhaltigen Interdependenz unter egalitären Bedingungen“ (ebd., S. 159).

Der Versuch einer Strukturierung: Arten von Politik

Diese Ethik, die ich mit Rüdiger „Ethos der Kontingenz“ (Rüdiger 2017, S. 97) nenne, überschneidet sich mit dem Ziel der radikalen und pluralen Demokratie, die ein Höchstmaß an Autonomisierung auf der Basis der Ausweitung von gleichen Lebensbedingungen erreichen will (vgl. Laclau und Mouffe 2015, S. 204). Man kann argumentieren, dass eine radikal-reformistische Politik das Ethos der Kontingenz als sie leitende Ethik institutionalisieren muss. Für diese Arbeit können dadurch zwei zentrale Probleme gelöst werden.

Erstens standen wir im Kapitel 4.2 vor dem Problem, nicht angeben zu können, was eine linke und emanzipatorische (Identitäts-)Politik von „rechten“ (Identitäts-)Politiken unterscheidet. Mithilfe des Ethos der Kontingenz kann diese Unterscheidung nun getroffen werden: Rechte (Identitäts-)Politiken entstehen zwar teilweise ebenfalls im Widerstand gegen Prekarität und erkennen auch die Spaltung von Identität an, wie dies bei Schmitt der Fall ist, sie leiten daraus aber keine Verantwortung gegenüber dem konstitutiv Ausgeschlossenen ab, sondern überlassen es sich selbst oder konstituieren es als Feind. Linke und emanzipatorische Politiken können dann solche sein, die die Gefährdung jedes Menschen anerkennen und daraus ihre Forderungen ableiten. Mouffe geht sogar so weit, dass es die Aufgabe von demokratischer Politik ist, aus dem Antagonismus einen Agonismus zu machen: Die unvermeidliche Konstruktion des Anderen darf nicht länger als zu vernichtende*r Feind*in wahrgenommen werden, sondern als Gegner*in, „d.h. als jemand, dessen Ideen wir bekämpfen, dessen Recht, jene Ideen zu verteidigen, wir aber nicht in Zweifel ziehen“ (Mouffe 2015, S. 103).

Zweitens habe ich im vorherigen Unterkapitel argumentiert, dass eine radikal-reformistische Bewegung die Offenheit jeder Identität gewährleisten, gleichzeitig jedoch eine Äquivalenzkette konstruieren muss. Das Ethos der Kontingenz weist eine hohe Überschneidung mit diesem Projekt auf. Er erkennt die Interdependenzen zwischen Identitäten und damit ihre Pluralität an, betont aber ebenfalls den „Horizont des Gemeinsamen“, weil jedes Leben als verwundbar gilt und dadurch eine gemeinsame Anstrengung, diese Verwundbarkeit zu minimieren, legitimiert. Mit solch einer Ethik kann demnach das Dilemma zwischen Reform und Revolution überwunden werden: Im Gegensatz zur revolutionären Politik beinhaltet sie einen positiven Vorschlag zur Neukonstituierung der Hegemonie, wodurch sie der Exodus-Strategie einen institutionell-integrativen Widerstand entgegenstellt. Eine rein reformistische Politik, die die Hegemonie des Neoliberalismus affirmiert und rein-integrativ ist, lässt sich aus dem Ethos der Kontingenz aber auch nicht ableiten, denn es wird eine andere Gesellschaftsordnung vorgeschlagen, die Menschen nicht aufgrund ihrer vordiskursiven Identität als „verfügbar“ (Butler 2018a, S. 20)

Fazit

konstruiert, sondern die universelle Bedingung des Gefährdetseins in ihr Zentrum stellt, woraus sich etwa stärker unterstützende Sozialsysteme ergeben können. Ebenfalls kann das Gefährdetsein als gemeinsamer Signifikant fungieren, der den Ausgangspunkt für soziale Bewegungen bildet, diese aber schon innerhalb ihrer Strukturen dazu anleitet, auf das Gefährdetsein zu rekurrieren, um dadurch auch die inneren Spaltungen und Differenzen der Bewegung im Blick zu behalten.

8 Fazit

Den Rahmen dieser Arbeit bildete die Debatte zwischen Befürworter*innen und sozialistisch-materialistischen Kritiker*innen von Identitätspolitik. Es hatte den Anschein, dass die Wahl nur zwischen Identitätspolitik oder Klassenpolitik bestand. Im ersten Analyseteil dieser Arbeit habe ich gezeigt, dass der Begriff Identitätspolitik unzureichend ist, um politische Programme inhaltlich voneinander abzugrenzen – auch Klassenpolitik kann als Identitätspolitik verstanden werden. Die nähere Beschreibung *emanzipatorische* Identitätspolitik konnte ebenfalls keine befriedigende Lösung bieten. Dadurch konnte ich zeigen, dass die Debatte über Identitätspolitik auf einem sehr eng gefassten und nicht-hegemonialen Verständnis von Politik beruhte. Das Ziel des zweiten Teils der Arbeit war deshalb die Klärung der Frage, ob es eine andere politische Strategie gibt, die durch ein komplexeres Verständnis des Politischen die Dualität der Debatte aufbricht – eine andere politische Strategie, die zwar hegemonial ist, aber selbst keine Ausschlüsse oder Unterordnungen produziert. Das politikwissenschaftliche Erkenntnisinteresse bezog sich dementsprechend auf die Erarbeitung der Annahmen über das Politische der drei von Mouffe vorgeschlagenen Arten von Politik, aus der sich dann die unterschiedlichen politischen Praktiken und Strategien ergeben, wie etwa ein liberales Verständnis von Identitätspolitik, ein materialistisches Verständnis von sozialer Politik oder eine radikal-reformistische Politik.

Ich habe gezeigt, dass eine liberale Identitätspolitik Diskriminierung als individuelles Problem theoretisiert, das beseitigt werden muss, um das „authentische Wesen“ des Individuums und seine „essenziellen Interessen“ aufzudecken. Diskriminierung müsse diesem Verständnis nach mit einem besseren Management der essenziellen Interessen der Subjekte begegnet werden. Diese Form der Identitätspolitik zielt letztendlich auf die Emanzipation der Individuen von Macht ab, damit jede Identität diskriminierungsfrei existieren kann. Solch ein Bild von Emanzipation leugnet jedoch das politische Wesen von Gesellschaft sowie ihre hegemoniale Konstitution und schließt dadurch das Soziale. Liberale Identitätspolitik tritt dementsprechend als hegemoniale Politik auf. Ich habe die liberale Identitätspolitik dem reinen

Fazit

Reformismus zugeordnet, da die bestehende neoliberale Hegemonie akzeptiert und kein gegenhegemoniales Projekt vorgeschlagen wird.

In der innerlinken Debatte argumentieren deshalb die sozialistisch-materialistischen Kritiker*innen, dass Identitäten nicht als individuell, sondern als eingebettet in Herrschaftsverhältnisse theoretisiert werden müssen. Daraus wird ein Imperativ zur Organisation eines gemeinsamen Kampfes aller Unterdrückten abgeleitet. Ich habe gezeigt, dass solch eine revolutionäre Politik zum einen ein homogenes Klassensubjekt beschwört, das sich aus Unterdrückten zusammensetzen soll, ohne genauer anzugeben, aus was genau diese Unterdrückung besteht. Dieser ökonomische Essentialismus bringt wiederum Unterordnungsverhältnisse hervor und tritt dadurch als hegemoniales Projekt auf. Zum anderen wird die hegemoniale Perspektive von Politik geleugnet, indem die Organisation eines linken politischen Subjektes gegenüber dem Kampf um Diskurshoheit privilegiert wird. Die hegemoniale Herstellung des Diskurses, der dann Gesellschaft denkbar macht sowie die Änderung des Bewusstseins von Individuen - also des *common sense* - wird nicht beachtet, sondern als Propagierung von Idealen abgetan - es wird eher eine *Exodus-Strategie* angewandt. Beide *Arten von Politik* – der reine Reformismus sowie die revolutionäre Politik – eignen sich daher nicht für ein radikaldemokratisches Projekt.

Mit der Ausarbeitung des radikalen Reformismus habe ich hingegen eine Vermittlung versucht. In Kapitel 7.1 und 7.2 habe ich gezeigt, dass eine liberale Identitätspolitik - verstanden als reiner Reformismus - stark auf der Logik der Differenz sowie eine sozialistische Klassenpolitik - verstanden als revolutionäre Politik - auf der Logik der Äquivalenz beruht. Daraus habe ich gefolgert, dass eine radikal-reformistische Politik die Logik der Differenz sowie der Äquivalenz integrieren muss: Die Pluralität einer sozialen Bewegung muss mit der Fähigkeit, ein gegenhegemoniales Projekt hervorzubringen, verbunden werden. Dabei ist die Offenheit einer sozialen Bewegung die Voraussetzung für die Artikulation und Verbindung mit anderen sozialen Bewegungen, sodass die Forderungen nicht gegeneinander ausgespielt, sondern in einer demokratischen Äquivalenzkette artikuliert werden können. Damit diese Offenheit gewährleistet wird, müssen die nötigen Grenzziehungen permanent reflektiert und politisiert werden: Die Relationalität und Kontingenz von Identität darf innerhalb der Bewegung nicht geleugnet werden, sondern muss zum zentralen Strukturprinzip werden - sie wird zu einer radikal-reformistischen Ethik. Diese Ethik antwortet auf die Relationalität von Identität und der dadurch hervorgerufenen prinzipiellen Gefährdetheit jedes Menschen mit einer andauernden Politisierung von (kollektiver) Identität. So können Ausschlüsse immer wieder hinterfragt und die Offenheit der radikal-reformistischen Bewegung gewährleistet werden.

Fazit

Zusammengefasst kann radikal-reformistische Politik damit als eine hegemoniale Politik verstanden werden, der es um die immanente Veränderung von Macht geht und nicht um deren Transzendenz, die gleichzeitig aber ihre eigenen Grundlagen als kontingent begreift. Radikaler Reformismus bewegt sich daher immer zwischen präfigurativen und integrativen Praktiken, immer zwischen Reform und Revolution. Das Dilemma zwischen Identitätspolitik und Klassenpolitik darf also gar nicht als solches verstanden werden, sondern vielmehr als Chance, diese Spannung zu nutzen, um eine breite radikal-reformistische Bewegung durch die reflektive Einbindung pluraler Akteur*innen ins Leben zu rufen – als hegemoniales Projekt einer radikalen Demokratie.

Dieses Ergebnis lässt jedoch viele weitere Fragen offen, wie zum Beispiel die Frage nach der Motivation von Akteur*innen zu handeln. Rüdiger stellt berechtigterweise fest, dass eine andauernde Dekonstruktion jedes gegenhegemonialen Vorschlags wenig Motivation für ein emanzipatorisches Projekt bietet (vgl. Rüdiger 2017, S. 97f). Noch allgemeiner kann die Frage gestellt werden, warum sich ein Subjekt überhaupt mit einer bestimmten Politik identifizieren sollte (vgl. Mattutat und Breuning 2017, S. 77). Die Hegemonietheorie gibt hier keine Hinweise. Es könnte höchstens argumentiert werden, dass Individuen, die im hegemonialen Diskurs untergeordnet sind, einen Willen entwickeln, sich zu emanzipieren. Hier stehen wir aber wieder vor dem Problem, dass sich ein Subjekt auch für rechte Politik entscheiden kann, um aus der Unterordnung auszubrechen. Mouffe selbst betont nur, dass eine hegemoniale Formation die Möglichkeit einer affektiven Identifikation von Subjekten mit einer kollektiven Identität bieten müsse, da dies eine zentrale Handlungsmotivation ermöglicht und gleichzeitig den *common sense* der affizierten Individuen hegemonial verändere (vgl. Mouffe 2018, S. 85ff). Warum sich Subjekte dann aber mit einer linken oder radikal-reformistischen Politik identifizieren sollten, bleibt ungeklärt. Hier könnte eine marxistische Ergänzung der Hegemonietheorie nützlich sein, die die materialistischen, historischen und sozialen Bedingungen für eine gegenhegemoniale Artikulation und der Identifizierung mit dieser einbezieht, wie dies schon Geras und Demirović gefordert haben.

Ebenfalls unterbeleuchtet musste die Frage bleiben, wie verhindert werden kann, dass eine radikal-reformistische Politik in die etablierte Hegemonie eingebunden wird und ihre Ziele affirmativ im Sinne der vorherrschenden Hegemonie umgedeutet werden, wie dies Wöhl für das Gendermainstreaming gezeigt hat (vgl. Wöhl 2007, S. 150). Wie wird überwacht, dass beispielsweise die radikaldemokratische Forderung nach mehr Partizipation nicht lediglich mit wenig weitreichenden institutionellen Zugeständnissen entschärft wird?

Fazit

Daran schließt die Frage an, wie letztendlich die Institutionalisierung einer radikal reformistischen Bewegung aussehen kann. Manon Westphal hält hierzu fest, dass aus der Hegemoniethorie selbst keine Vorschläge radikaldemokratischer Institutionen abgeleitet werden können, weil sie dadurch ihre eigene Prämisse der radikalen Offenheit des Sozialen unterlaufen würde. Es kann jedoch eine hegemoniethoretisch informierte Kritik an den jetzigen Institutionen formuliert werden, die eine produktive Veränderung des etablierten institutionellen Settings aufzeigen kann (vgl. Westphal 2017, S. 119). Mouffe hingegen vertritt die These, dass sich die radikale Demokratie letztendlich institutionalisiert, indem eine neue Form von Staatsbürger*innenschaft hervorgebracht wird, die als politische Identität fungiert und deren Basis eine geteilte Affirmation der Prinzipien der Gleichheit und der Freiheit für alle sind (vgl. Mouffe 1997, S. 82ff). Diese neue Staatsbürger*innenschaft müsse durch die linkspopulistische Konstruktion eines Volkes hervorgebracht werden, indem eine Grenze zwischen dem Volk und den Eliten gezogen wird (vgl. Mouffe 2018, S. 71ff). Hieran wurde oft kritisiert, dass Mouffe damit immer auf der Ebene des Nationalstaates bleibe, wodurch globale Machtverhältnisse nicht der radikaldemokratischen Kritik unterworfen werden können. Hier würde sich eine postkoloniale Perspektive anbieten, die den Vorschlag eines Linkspopulismus auf koloniale Kontinuitäten prüft.

Eventuell ist aber auch gerade die fortwährende Suche nach der Institutionalisierung und Strukturierung von radikaler Demokratie der Kern der radikal-reformistischen Politik, die „die Weigerung [...] jede vorausgesetzte ‚letzte Grundlage‘ des Sozialen zu beherrschen“ (Laclau und Mouffe 2015, S. 222) mit dem Kampf um die Hegemonie verbindet – damit das Gemeinsame sowie das Unterschiedliche miteinander radikaldemokratisch existieren können.

9 Literaturverzeichnis

- Barfuss, Thomas; Jehle, Peter: Antonio Gramsci zur Einführung. 2. Auflage. Hamburg (2017).
- Becker-Schmidt, Regina; Knapp, Gudrun-Axeli: Feministische Theorien zur Einführung. 6., unveränderte Auflage. Hamburg (2018).
- Bloemen, Henrike: Identität ist Politik ist Identitätspolitik? Ein Zwischenruf. blog interdisziplinäre geschlechterforschung (2019). Online verfügbar unter <https://www.gender-blog.de/beitrag/identitaetspolitik>, zuletzt geprüft am 23.04.2021.
- Brieler, Ulrich: Globales Arbeiten und absolute Demokratie. Das Politische bei Michael Hardt und Antonio Negri. In: Ulrich Bröckling und Robert Feustel (Hg.): Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen. Bielefeld (2010), S. 229–252.
- Bruell, Cornelia: Kollektive Identität in der radikalen Demokratietheorie. Die Wahlen zum Europäischen Parlament in österreichischen Medien. In: Martin Nonhoff (Hg.): Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld (2007), S. 195–222.
- Bublitz, Hannelore: Judith Butler zur Einführung. 5., ergänzte Auflage. Hamburg (2018).
- Butler, Judith: Für ein sorgfältiges Lesen. In: Seyla Benhabib (Hg.): Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart. Frankfurt am Main (1995a), S. 122–133. 7. - 8. Tsd.
- Butler, Judith: Kontingente Grundlagen. Der Feminismus und die Frage der "Postmoderne". In: Seyla Benhabib (Hg.): Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart. Frankfurt am Main (1995b), S. 31–58. 7. - 8. Tsd.
- Butler, Judith: Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen. Frankfurt am Main, New York (2010).
- Butler, Judith: Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung. 1. Auflage. Berlin (2018a).
- Butler, Judith: Das Unbehagen der Geschlechter. 19. Auflage. Frankfurt am Main (2018b).

Literaturverzeichnis

- Castro Varela, María do Mar; Dhawan, Nikita: Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. 2., komplett überarbeitete und erweiterte Auflage. Berlin, Bielefeld (2015).
- Combahee River Collective: The Combahee River Collective Statement (1977). Online verfügbar unter <https://combaheerivercollective.weebly.com/the-combahee-river-collective-statement.html>, zuletzt geprüft am 15.04.2021.
- Critchley, Simon: Is there a normative deficit in the theory of hegemony? In: Simon Critchley und Oliver Marchart (Hg.): Laclau. A Critical Reader. Hoboken (2012), S. 112–122. Repr.
- Demirovic, Alex: Hegemonie und die diskursive Konstruktion der Gesellschaft. In: Martin Nonhoff (Hg.): Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld (2007), S. 55–86.
- Di Lorenzo, Giovanni: Pressefreiheit: Wofür stehen wir? In: *Die Zeit* (2021). Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/2021/09/pressefreiheit-journalismus-gesellschaft-spaltung-politik/seite-2>, zuletzt geprüft am 15.05.2021.
- Dowling, Emma; van Dyk, Silke; Graefe, Stefanie: Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik“. In: *PROKLA*. 47. Jg. Heft 3 (2017), S. 411–420.
- Flügel-Martinsen, Oliver; Marchart, Oliver: Editorial der Herausgeber. Chantal Mouffe in der Diskussion. In: *Zeitschrift für Politische Theorie*. 5. Jg. Heft 2 (2014), S. 197–202.
- Fraser, Nancy: Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* Heft 8 (2009), S. 43–57.
- Fraser, Nancy: Für eine neue Linke oder. Das Ende des progressiven Neoliberalismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* Heft 2 (2017), S. 71–76.
- Friedrich, Sebastian: Neue Klassenpolitik. Eine Perspektive gegen die neoliberale und rechte Erzählung. In: Sebastian Friedrich (Hg.): Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus. Berlin (2018), S. 12–22.
- Gennies, Sidney: "Normalität" ist die Cancel Culture des alten weißen Mannes. Der Tagesspiegel (2021). Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/die-identitaetspolitik-des-wolfgang->

Literaturverzeichnis

- thierse-normalitaet-ist-die-cancel-culture-des-alten-weissen-mannes/26996920.html, zuletzt geprüft am 15.05.2021.
- Geras, Norman: Post-Marxism? In: Stuart Sim (Hg.): Post-Marxism. A Reader (1998), S. 45–55.
- Habermas, Jürgen: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. 2. Auflage. Frankfurt am Main (1997).
- Hall, Stuart: Rassismus und kulturelle Identität. 7. Auflage. Hamburg (2017).
- Hall, Stuart: Ideologie, Identität, Repräsentation. 5. Auflage. Hamburg (2018).
- Hark, Sabine: Deviante Subjekte. Die paradoxe Politik der Identität. Opladen (1996).
- Haug, Wolfgang Fritz: Idealismus/Materialismus. In: Wolfgang Fritz Haug, Frigga Haug, Peter Jehle und Wolfgang Küttler (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Hamburg (2004).
- Heisterhagen, Nils: Linker Realismus. Eine neue Politik für eine neue Zeit. In: *Neue Gesellschaft | Frankfurter Hefte*. 14. Jg. Heft 10 (2018), S. 4–8.
- Hintz, Michael; Vorwallner, Gerd (2015): Vorwort der Herausgeber. Wien: Passagen Verlag, S. 11–22.
- Kalarickal, Jasmin: Linken-Politiker über Wagenknecht. "Sie bekommt Zuspruch von Rechts". taz (2021). Online verfügbar unter <https://taz.de/Linken-Politiker-ueber-Sahra-Wagenknecht!/5764666/>, zuletzt geprüft am 15.05.2021.
- Kretschmar, Daniél: Netzwerk Wissenschaftsfreiheit. Fehlende Emperie. taz (2021). Online verfügbar unter <https://taz.de/Netzwerk-Wissenschaftsfreiheit!/5747691/>, zuletzt geprüft am 15.05.2021.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. 5., überarbeitete Auflage. Wien (2015).
- Lalami, Laila: The Identity Politics of Whiteness. In: *The New York Times* (2016). Online verfügbar unter <https://www.nytimes.com/2016/11/27/magazine/the-identity-politics-of-whiteness.html>, zuletzt geprüft am 21.05.2021.
- Leonhardt, Christian; Nonhoff, Martin: Widerständige Differenz. Transnationale soziale Bewegungen zwischen gegenhegemonialer Institutionalisierung und nicht-integrativer Präfiguration. In: *Zeitschrift für Politische Theorie*. 10. Jg. Heft 1 (2019), S. 9–28.
- Lilla, Mark: Identitätspolitik ist keine Politik. In: *Neue Zürcher Zeitung* (2016). Online verfügbar unter <https://www.nzz.ch/feuilleton/mark-lilla-ueber-die-krise-des->

Literaturverzeichnis

- linksliberalismus-identitaetspolitik-ist-keine-politik-ld.130695, zuletzt geprüft am 01.03.2021.
- Linkerhand, Koschka: Beißreflexe : Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten. In: Patsy L'Amour LaLove (Hg.): Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten (2017), S. 52–60.
- Manow, Philip: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Frankfurt am Main (2020).
- Marchart, Oliver: Eine demokratische Gegenhegemonie. Zur neo-gramscianischen Demokratietheorie bei Laclau und Mouffe. In: Sonja Buckel, Andreas Fischer-Lescano und Antonio Gramsci (Hg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden (2007), S. 105–120. 1. Auflage.
- Marchart, Oliver (2008): Äquivalenz und Autonomie. Vorbemerkungen zu Chantal Mouffes Demokratietheorie. Wien: Turia + Kant, S. 7–14.
- Marchart, Oliver: Claude Lefort. Demokratie und die doppelte Teilung der Gesellschaft. In: Ulrich Bröckling und Robert Feustel (Hg.): Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen. Bielefeld (2010), S. 19–32.
- Marchart, Oliver: Cultural studies. 2., aktualisierte Auflage. München (2018).
- Marchart, Oliver: Apologie des Etatismus. Vorschläge zur Behebung des institutionentheoretischen Defizits radikaler Demokratietheorie. In: Steffen Herrmann und Matthias Flatscher (Hg.): Institutionen des Politischen. Perspektiven der radikalen Demokratietheorie. Baden-Baden (2020), S. 169–202. 1. Auflage.
- Mattutat, Liza; Breuning, Felix: Unfreiwillig mit Schmitt. Die Rezeption Calrs Schmitts in der Demokratietheorie Chantal Mouffes. In: Andreas Hetzel (Hg.): Radikale Demokratie. Zum Staatsverständnis von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau. Baden-Baden (2017), S. 65–81. 1. Auflage.
- Meyer, Thomas: Identitätspolitik. Worum es geht. In: *Neue Gesellschaft | Frankfurter Hefte*. 14. Jg. Heft 10 (2018), S. 20–23.
- Mezzadra, Sandro; Neumann, Mario: Jenseits von Interesse und Identität. Klasse, Linkspopulismus und das Erbe von 1968. 1. Auflage. Hamburg (2017).
- Mouffe, Chantal: The return of the political. 2. impr. London (1997).
- Mouffe, Chantal: Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft. In: Martin Nonhoff (Hg.): Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum

Literaturverzeichnis

- politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld (2007), S. 41–54.
- Mouffe, Chantal: Agonistik. Die Welt politisch denken. 1. Auflage. Berlin (2014).
- Mouffe, Chantal: Das demokratische Paradox. durchgesehene Nachauflage. Wien (2015).
- Mouffe, Chantal: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. 7. Auflage. Frankfurt am Main (2017).
- Mouffe, Chantal: Für einen linken Populismus. Berlin (2018).
- Müller, Jan-werner: "Das wahre Volk" gegen alle anderen. Rechtspopulismus als Identitätspolitik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Heft 9-11 (2019), S. 18–24.
- Nachtigall, Andrea: "Embedded Feminism". Frauen(rechte) als Legitimation für militärische Interventionen in den Medien. Gunda-Werner-Institut (2011). Online verfügbar unter <https://www.gwi-boell.de/de/navigation/struktur-3421.html>, zuletzt geprüft am 02.06.2021.
- Nonhoff, Martin: Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie - Einleitung. In: Martin Nonhoff (Hg.): Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld (2007), S. 7–24.
- Nonhoff, Martin: Chantal Mouffe und Ernesto Laclau. Konfliktivität und Dynamik des Politischen. In: Ulrich Bröckling und Robert Feustel (Hg.): Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen. Bielefeld (2010), S. 33–58.
- Nonhoff, Martin: Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt "Soziale Marktwirtschaft". 1. Auflage. Bielefeld (2015).
- Obracaj, Jan: Die Hegemonietheorie als nützliches Instrument für die demokratische Praxis: Für eine pragmatische Interpretation des Verhältnisses von Hegemonietheorie und radikaler Demokratie bei Chantal Mouffe. In: *Das Politische neu entdecken*. Online verfügbar unter https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00070125 (2015), S. 6–28.
- Oppelt, Martin: Claude Lefort. In: Dagmar Comtesse, Oliver Flügel-Martinsen, Franziska Martinsen und Martin Nonhoff (Hg.): Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch. Berlin (2019), S. 346–355. 1. Auflage.
- Opratto, Benjamin: Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci. 3., erweiterte Auflage. Münster (2018).

Literaturverzeichnis

- Purtschert, Patricia: Es gibt kein Jenseits der Identitätspolitik: Lernen vom Combahee River Collective. In: *Widerspruch - Beiträge zu sozialistischer Politik*. Online verfügbar unter <https://boris.unibe.ch/110064/36>. Jg. Heft 1 (2017), S. 15–22.
- Rawls, John: Gerechtigkeit als Fairneß. politisch und nicht metaphysisch. In: John Rawls und Wilfried Hinsch (Hg.): *Die Idee des politischen Liberalismus. Aufsätze 1978 - 1989*. Frankfurt am Main (2002), S. 255–292.
- Rüdiger, Anja: Hegemonie als ethische Praxis. Zu den Strategien sozialer Bewegungen im neoliberalen Staat. In: Andreas Hetzel (Hg.): *Radikale Demokratie. Zum Staatsverständnis von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau*. Baden-Baden (2017), S. 85–106. 1. Auflage.
- Sarasin, Philipp: *Michel Foucault zur Einführung*. 6., ergänzte Auflage. Hamburg (2016).
- Schaal, Gary S.; Heidenreich, Felix: *Einführung in die politischen Theorien der Moderne*. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn (2017).
- Schneider, Etienne: Intersektionalität und marxistische Gesellschaftstheorie. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*. 43rd Heft 172 (2013), S. 381–400.
- Schubert, Klaus; Klein, Martina: *Das Politiklexikon. Begriffe, Fakten, Zusammenhänge*. 7., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn (2018).
- Schulz, Daniel: Hegemoniale Artikulation. Frankreichs "Nation" als leerer Signifikant. In: Martin Nonhoff (Hg.): *Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*. Bielefeld (2007), S. 223–244.
- Schwarz, Carolina: Die Vielfalt im Diskurs. *taz* (2020). Online verfügbar unter <https://taz.de/Offener-Brief-gegen-Cancel-Culture/!5694595/>, zuletzt geprüft am 15.05.2021.
- Scott, Joan Wallach: *Only paradoxes to offer. French feminists and the rights of man*. 2. print. Cambridge, Mass. (1998).
- Seitz, Sergej; Schönwälder-Kuntze, Tatjana; Posselt, Gerald: Dimension des Politischen. Butler und die politische Philosophie. In: Gerald Posselt, Tatjana Schönwälder-Kuntze und Sergej Seitz (Hg.): *Judith Butlers Philosophie des Politischen. Kritische Lektüren*. Bielefeld (2018), S. 7–22.

Literaturverzeichnis

- Speit, Andreas: Die Identitären - Pressure-Group der Neuen Rechten. Radikale Avantgarde? In: *Neue Gesellschaft | Frankfurter Hefte*. 14. Jg. Heft 10 (2018), S. 27–30.
- Stäheli, Urs: Die politische Theorie der Hegemonie. Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. In: André Brodocz und Gary S. Schaal (Hg.): *Politische Theorien der Gegenwart. Eine Einführung*. Opladen. (2009), S. 253–284. 3. Auflage.
- Stegemann, Bernd: Der liberale Populismus und seine Feinde. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* Heft 4 (2017), S. 81–94.
- Supik, Linda: *Dezentrierte Positionierung. Stuart Halls Konzept der Identitätspolitik*. 1. Auflage. Bielefeld (2005).
- Susemichel, Lea; Kastner, Jens: *Identitätspolitik. Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken*. 1. Auflage. Münster (2018).
- Thaa, Winfried: Liberale Identitätspolitik und die Kulturalisierung sozialer Ungleichheit. In: *Neue Gesellschaft | Frankfurter Hefte*. 14. Jg. Heft 10 (2018), S. 38–42.
- van Dyk, Silke: Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Heft 9-11 (2019), S. 25–32.
- Westphal, Manon: Reform und Innovation als Strategien einer radikaldemokratischen Kritik staatlicher Institutionen. In: Andreas Hetzel (Hg.): *Radikale Demokratie. Zum Staatsverständnis von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau*. Baden-Baden (2017), S. 107–126. 1. Auflage.
- Westphal, Manon: Politische Institutionen als Gegenstand agonaler Demokratietheorie. Kritik und Design. In: Steffen Herrmann und Matthias Flatscher (Hg.): *Institutionen des Politischen. Perspektiven der radikalen Demokratietheorie*. Baden-Baden (2020), S. 203–224. 1. Auflage.
- Wilde, Gabriele: Der Kampf um Hegemonie. Potentiale radikaler Demokratie aus feministisch-theoretischer Perspektive. In: *Zeitschrift für Politische Theorie*. 5. Jg. Heft 2 (2014), S. 203–216.
- Wöhl, Stefanie: Die Subjekte der radikalen Demokratie: Institutionalisierte Differenzen und Barrieren gegenhegemonialer Artikulationen. In: Martin Nonhoff (Hg.): *Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*. Bielefeld (2007), S. 139–158.

Eidesstattliche Erklärung

Declaration in lieu of an oath

Name, Vorname:

Surname, Name:

Matrikelnummer:

Student ID Number:

Abschluss:

Degree:

Studienfach:

Degree programme:

Bachelor Master

Politik und Wirtschaft

Titel der

Abschlussarbeit:

Title of the thesis:

Zum Verhältnis von Identitätspolitik, Hegemonie und radikaler
Demokratie - Was ist radikal-reformistische Politik?

Hiermit versichere ich an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne die Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten und nicht veröffentlichten Schriften entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit ist in gleicher oder ähnlicher Form im Rahmen einer anderen Prüfung noch nicht vorgelegt worden. Ich versichere, dass die eingereichte elektronische Fassung der eingereichten Druckfassung vollständig entspricht.

I hereby declare in lieu of an oath that this thesis is my own work and that I have not used any sources other than those listed in the bibliography. Content from published or unpublished works that has been quoted directly or indirectly or paraphrased is indicated as such. The thesis has not been submitted in the same or similar form for any other academic award. The electronic version I have submitted is completely identical to the hard copy version submitted.

Münster

Ort
Place

10.08.2021

Datum
Date

Unterschrift

Signature



**Einverständniserklärung
zur Prüfung meiner Arbeit mit einer Software zur Erkennung von Plagiaten**

Name: _____ Vorname: _____

Matrikelnummer: _____ Studiengang: _____

Adresse: _____

Titel der Arbeit: Zum Verhältnis von Identitätspolitik, Hegemonie und radikaler Demokratie

Was ist ein Plagiat?

Als ein Plagiat wird eine Übernahme fremden Gedankengutes in die eigene Arbeit angesehen, bei der die Quelle, aus der die Übernahme erfolgt, nicht kenntlich gemacht wird. Es ist dabei unerheblich, ob z.B. fremde Texte wörtlich übernommen werden, nur Strukturen (z.B. argumentative Figuren oder Gliederungen) aus fremden Quellen entlehnt oder Texte aus einer Fremdsprache übersetzt werden.

Softwarebasierte Überprüfung

Alle Bachelor- und Masterarbeiten werden vom Prüfungsamt mit Hilfe einer entsprechenden Software auf Plagiate geprüft. Die Arbeit wird zum Zweck der Plagiatsüberprüfung an einen Software-Dienstleister übermittelt und dort auf Übereinstimmung mit anderen Quellen geprüft. Zum Zweck eines zukünftigen Abgleichs mit anderen Arbeiten wird die Arbeit dauerhaft in einer Datenbank gespeichert. Ein Abruf der Arbeit ist ausschließlich durch die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster möglich. Der Studierende erklärt sich damit einverstanden, dass allein zum beschriebenen Zweck der Plagiatsprüfung die Arbeit dauerhaft gespeichert und vervielfältigt werden darf. Das Ergebnis der elektronischen Plagiatsprüfung wird dem Erstgutachter mitgeteilt.

Sanktionen

Liegt ein Plagiat vor, ist dies ein Täuschungsversuch i.S. der Prüfungsordnung, durch den die Prüfungsleistung als „nicht bestanden“ gewertet wird. Es erfolgt eine Mitteilung an das Prüfungsamt und die dortige Dokumentation. In schwerwiegenden Täuschungsfällen kann der Prüfling von der Prüfung insgesamt ausgeschlossen werden. Dies kann unter Umständen die Exmatrikulation bedeuten. Plagiate können auch nach Abschluss des Prüfungsverfahrens und Verleihung des Hochschulgrades zum Entzug des erworbenen Grades führen.

Hiermit erkläre ich, dass ich die obigen Ausführungen gelesen habe und mit dem Verfahren zur Aufdeckung und Sanktionierung von Plagiaten einverstanden bin.

Datum und Unterschrift des Studierenden